

# Mensch & Politik

Dr. Silke Launert



LESEN SIE AKTUELLES AUS BERLIN UND DER REGION BAYREUTH-FORCHHEIM

Mensch & Politik  
GESAMTAUSGABE 27 - 2023

## Sehr geehrte Damen und Herren,

**Mut brauch es oft im Leben:** den Mut, neue Dinge zu wagen, sich auf neue Situationen oder neue Menschen einzulassen. Manchmal bedeutet Mut zu haben auch, den Gegebenheiten ehrlich ins Gesicht zu schauen, Realitäten anzuerkennen und offen zu sagen, was geht und was nicht. „Unser Herz ist weit, aber unsere Möglichkeiten sind endlich“ – so hat es vor einigen Jahren der frühere Bundespräsident Joachim Gauck ausgedrückt. Ein Satz, der gerade im Hier und Jetzt, zu Beginn des Jahres 2023, nichts an Bedeutung eingebüßt hat.

1,3 Millionen Geflüchtete sind in den vergangenen zwölf Monaten zu uns gekommen. Mit Herzblut haben die Kommunen und Landkreise in den vergangenen Monaten versucht, all diese Menschen unterzubringen und zu versorgen. Auch die ehrenamtlichen Helfer vor Ort haben Tag für Tag unermüdlich mit angepackt. Aber nun müssen sie erkennen: Die Kapazitäten sind am Ende. In den Städten und Gemeinden fehlt es an Wohnraum, an Kindergarten- und Schulplätzen. Es fehlt an Erzieherinnen und Erziehern und es fehlt an Kinderärzten sowie Sprachlehrern. Seit Monaten schon schlagen Landräte, Bürgermeister sowie die Menschen vor Ort in der Flüchtlingshilfe Alarm. Seit Monaten warnen auch wir von der Union vor einer drohenden Überlas-

tung. Aber all diese Warnrufe sind in den weiten Fluren des Bundesinnenministeriums verhallt. Der viel zu spät einberufene Flüchtlingsgipfel von Innenministerin Nancy Faeser Mitte Februar war eine reine Enttäuschung. Keine festen Zusagen, kein deutliches Signal der Unterstützung. Der ehemalige Bundesinnenminister Horst Seehofer ist oft für seine Forderung nach einer Obergrenze verspottet worden. Dabei war seine Botschaft richtig: trotz aller Hilfsbereitschaft sind unserer Aufnahmefähigkeit Grenzen gesetzt. Wenn wir dem Schutzauftrag des Grundgesetzes angemessen nachkommen und damit denjenigen, die unseres Schutzes bedürfen, helfen wollen, müssen wir genau hinschauen, wer dieser Hilfe bedarf und wer nicht. Dieses ehrliche Eingeständnis bräuchte es nun endlich auch von unserer jetzigen Bundesregierung. Es ist an der Zeit, mehr Mut zu haben und offen zu sagen, was geht und was nicht.

Um die Lage in den Griff zu bekommen, müssen wir aber über unsere nationalen Grenzen hinaus denken. Konkret heißt dies, dass wir mit den anderen europäischen Ländern zusammenarbeiten und insbesondere Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen durchsetzen müssen. Allein auf Abschiebungen zu setzen, ist meiner Ansicht nach kein erfolgsversprechender Ansatz.

Bei alledem ist aber auch klar: Wir brauchen Zuwanderung. Wir brauchen Menschen, die uns dabei helfen, den Arbeitskraftmangel zu bekämpfen. Dabei dürfen wir jedoch insbesondere einen Fehler nicht machen: Migration und Asyl miteinander zu vermischen.

Es sind wahrlich keine geringen Herausforderungen, die unser Land zurzeit zu bewältigen hat. Aber mit der erforderlichen Portion Mut, mit Tatkraft und Kreativität wird es uns möglich sein, diese zu meistern.

Herzlichst,

Ihre

Silke Launert

## Kommunen durch Rekordflüchtlingszahlen an Belastungsgrenze – Union: Bundesinnenministerin hat die Lage nicht im Griff



**Berlin.** Es ist mittlerweile in fast ganz Deutschland unüberseh- und unüberhörbar: Die Flüchtlingskrise spitzt sich weiter zu. Seit Monaten weisen die Kommunen die Bundesinnenministerin darauf hin, dass sie an ihrer Belastungsgrenze angekommen sind. Jüngst erst schrieb ein Landrat, selbst Mitglied der Grünen, einen Brandbrief an Bundeskanzler Scholz. Doch was passiert? Wenig bis gar nichts. So zumindest sieht es die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag. „Die Bundesinnenministerin hat die Lage nicht im Griff“, lautet ihr Urteil über die Asyl- und Flüchtlingspolitik der Ampel. „Seit Monaten überhört die Bundesinnenministerin konsequent die Hilferufe aus den Kommunen“, kritisiert auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Dr. Silke Launert. Dabei sei die Lage mehr als kritisch, so die Abgeordnete weiter und verweist auf die aktuellen Zahlen. So seien im Januar 2023 beim BAMF 29.072 Asylerstanträge gestellt worden. Im Januar 2022 seien demgegenüber 13.726 Erstanträge eingereicht worden. „Das ist eine Zunahme um fast 112 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Und darin sind noch nicht die Flüchtlinge aus der Ukraine enthalten, die außerhalb des Asylsystems aufgenommen werden. Es hätten schon längst alle Alarmglocken angehen müssen. Aber weder die Warnungen aus den Ländern und Kommunen noch vonseiten der Union sind beachtet worden“, so Launert.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion drängt angesichts der sich zusehends verschärfenden Situation seit Wochen auf einen Flüchtlingsgipfel im Bundeskanzleramt, an welchem auch die kommunalen Spitzenverbände beteiligt werden. Bundeskanzler Scholz müsse die Migrationskrise endlich zur „Chefsache“ machen, fordert die Union. Der von Bundesinnenministerin Nancy Faeser Mitte Februar abgehaltene Gipfel habe das Problem nicht im Ansatz gelöst. Auch die Länder sowie der Städte- und Gemeindebund zeigten sich nach dem Treffen unverhohlen unzufrieden. „Der Flüchtlingsgipfel der Bundesinnenministerin war eine herbe Enttäuschung“, so auch das Urteil der Innenpolitikerin Silke Launert. Der frühere Bundespräsident Joachim Gauck habe vor einigen Jahren eine sehr treffende Formulierung gefunden: „Unser Herz ist weit, aber unsere Möglichkeiten sind endlich.“ Die 1,3 Millionen Flüchtlinge, die in den letzten zwölf Monaten nach Deutschland gekommen seien, zeigten dies nun sehr deutlich. „In den Kommunen und Landkreisen fehlt es unter anderem an Wohnraum, Kindergarten- und Schulplätzen mit Personal sowie an Kinderärzten und Sprachlehrern. Es ist an der Zeit, mehr Mut zu haben und ehrlich zu sagen, was geht und was nicht!“, so die deutlichen Worte der Abgeordneten. Sie glaube dabei schon lange nicht mehr daran, dass Abschiebungen die Lösung seien. Deutschland müsse, anstatt sich zu isolieren, mit den anderen europäischen Ländern zusammenarbeiten und Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen durchsetzen.

CDU und CSU fordern nun Sofortmaßnahmen auf sämtlichen Ebenen. Zum einen müsse der Bund den Ländern mehr Bundesimmobilien zur Verfügung stellen, die auch tatsächlich für die Unterbringung nutzbar sind. Zum anderen müsse das den Ländern Anfang November für 2023 zugesagte Geld jetzt umgehend fließen. Darüber hinaus dürfe die Regierung nicht noch zusätzliche Anreize für illegale Migration setzen.

„Anstatt in dieser Krisensituation klar gegenzusteuern und zu begrenzen, setzt die links-liberale Regierung mit ihrem jüngst verabschiedeten Chancen-Aufenthaltsgesetz und ihren aktuellen Plänen in der Migrationspolitik sogar noch neue Pull-Faktoren“, kritisiert CSU-Politikerin Launert. Die Bundesinnenministerin müsse den eingeschlagenen Kurs nun schnellstmöglich ändern.

**„Wir brauchen dabei eine Bundesinnenministerin, die sich voll und ganz ihrer Aufgabe widmet. Frau Faeser unterstreicht immer wieder, dass ihr dies trotz ihrer Spitzenkandidatur in Hessen gelingen werde. An diesen Aussagen wird sie sich messen lassen müssen“**, so Launert abschließend.

## Nach massivem Druck der Union weitet Ampel-Koalition Härtefallhilfe auf Unternehmen mit Pellets- und Ölheizung aus



**Berlin.** Es sind gute Neuigkeiten, welche die Haushaltspolitiker der Union aus der Sitzung des Haushaltsausschusses Anfang Februar mitbringen: Der Druck von CDU und CSU hat sich ausgezahlt - die Härtefallhilfe wird nun auch auf kleine und mittlere Unternehmen, die mit Öl und Pellets heizen, ausgeweitet. Hierfür werden die Mittel der Härtefallhilfe um 25 Millionen Euro angehoben. „In der Sache begrüße ich das natürlich, denn es ist wahrlich eine massive Wettbewerbsverzerrung, wenn der Bäcker mit Gasversorgung schon, der andere Bäcker im Ort mit Pelletheizung aber nicht unterstützt wird! Das Hin und Her aber ist sehr, sehr bedauerlich! Kleinere und mittelständische Betriebe benötigen Planungssicherheit und nicht so etwas!“, kritisiert die Bundestagsabgeordnete und Haushaltspolitikerin Dr. Silke Launert die Vorgehensweise von SPD, Grünen und FDP.

Zunächst sei nach langem Kampf eine Härtefallregelung auch für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) mit Öl- und Pelletheizung angekündigt worden, dann habe die Ampelmehrheit in der letzten Haushaltsausschusssitzung ihre Zustimmung dazu verweigert und jetzt werde im Haushaltsausschuss von der Ampel dazu wieder eine 180-Grad-Drehung vorgenommen, führt die Abgeordnete weiter aus. In den vergangenen Wochen hatte die Unionsfraktion massiv Druck auf die Ampel-Koalitionäre ausgeübt. In einem von ihr in das Parlament eingebrachten Antrag hob die Fraktion hervor, dass gerade ländliche Regionen ohne Gasnetze auf Öl und Pellets als Energieträger angewiesen seien. Manche Unternehmen hätten jüngst sogar gezielt einen Brennstoffwechsel unternommen, auch als Beitrag zur Reduzierung des Gasverbrauchs. „Die Menschen müssen sich auf die Ankündigungen der Politik verlassen können“, so der Appell von CDU und CSU Richtung Ampel-Koalition.

## Union: Deutschlands Energieversorgung für den kommen Winter gründlich und rechtzeitig absichern



**Berlin.** Klar ist: Der nächste Winter wird kommen. Auch wenn es noch einige Zeit dauert, bis es wieder Herbst wird – eine gute Vorbereitung ist unerlässlich, damit Deutschlands Energieversorgung in den kalten Monaten gesichert ist. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat im Februar einen Antrag eingebracht, in welchem sie ebendies fordert: Eine gründliche Vorbereitung, die **ohne ideologische Scheuklappen** auskommt. Wenn die Bundesregierung den jüngst veröffentlichten Vorschlägen der Internationalen Energieagentur (IEA) zur Stabilisierung des Strom- und Gasmarktes nicht rasch Folge leiste, drohe den EU-Staaten im nächsten Winter eine Gaslücke von fast 30 Milliarden Kubikmetern, warnen CDU und CSU. Mit ihrem Antrag präsentierte die Fraktion zugleich einen **Energieplan für den Winter 2023/24**. Dieser sieht unter anderem vor, die Übertragungsnetzbetreiber unverzüglich für einen

**Strom-Stresstest** für den Winter 2023/2024 zu beauftragen und in diesen auch Berechnungen zur Umweltverträglichkeit, CO<sub>2</sub>-Neutralität und zur Preisentwicklung einzubeziehen. Die Ergebnisse hierzu sollten von der Bundesregierung noch im Februar 2023 vorgelegt werden. Darüber hinaus fordern CDU und CSU die **Berechtigung zum Leistungsbetrieb der drei Kernkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland** durch Änderung des Atomgesetzes bis zum 31. Dezember 2024 **zu verlängern** sowie den **Ausbau von Heimatenergien**, also der Photovoltaik, der Windkraft, der Wasserkraft, Biomasse sowie der (tiefen) Geothermie voranzutreiben, die Potenziale der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) zu heben, und die immer noch bestehenden Deckel in den jeweiligen Gesetzen befristet auszusetzen.

## Außen- und Sicherheitspolitik der Ampel: „Zeitlupe“ statt „Zeitenwende“



**Berlin.** Ein Jahr ist es mittlerweile her, dass Bundeskanzler Olaf Scholz vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges die sogenannte „Zeitenwende“ ausrief. Doch wie fällt die Bilanz nach zwölf Monaten aus? Die Antwort ist ernüchternd. Statt „Zeitenwende“ sei „Zeitlupe“ der deutlich treffendere Begriff, findet die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag. „Der Bundeskanzler verschleppt, verzögert und ver stolpert die Anpassung der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands an die neuen geopolitischen Realitäten“, lautet das Urteil von CDU und CSU. Nicht nur, dass die Mittel aus dem Sondervermögen für die Bundeswehr lediglich zu einem sehr geringen Teil veraus-

gabt worden seien. Der Verteidigungshaushalt sei im Haushaltsjahr 2023 sogar um fast 300 Millionen Euro gesunken, führt die Union aus und fordert, dass das Geld endlich bei der Bundeswehr ankommen und das Beschaffungswesen reformiert werden müsse. Deutschland müsse Führung zeigen, anstatt von seinen Verbündeten getrieben zu werden, so der Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz. Zudem müsse das Zwei-Prozent-Ziel die Untergrenze für eine effektive Landes- und Bündnisverteidigung darstellen. Von einem „verlorenen Jahr“ und von „Ernüchterung“, spricht auch der Vorsitzende der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt. Deutliche Worte finden CDU und CSU auch in Bezug auf die Erstellung der Nationalen Sicherheitsstrategie. Diese müsse nun zügig abgeschlossen. „Zusagen auf dem Papier reichen nicht. Den Versprechungen müssen endlich auch Taten folgen!“, hebt auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Dr. Silke Launert hervor und fordert ein zügiges Handeln vonseiten der Ampel-Koalitionäre.

## Sorge vor Wettbewerbsverzerrungen: Union fordert deutliche Antwort der Bundesregierung auf das US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung

**Berlin.** „Die monatelange Untätigkeit der Bundesregierung gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa.“ Es sind deutliche Worte, welche die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Richtung Regierungsbank richtet. Anlass der vorgebrachten Kritik ist der Umgang der Ampel-Koalition mit dem US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung (Inflation Reduction Act). Durch das Anfang des Jahres in Kraft getretene Gesetzespaket will die USA mithilfe milliardenschwerer Subventionen die Inflation im Land bekämpfen.



Die bereitgestellte Summe von 370 Milliarden Euro soll grüne Technologien, darunter Elektroautos und Batterien, fördern. Unternehmen sollen so dazu gebracht werden, in den USA zu produzieren. In der EU befürchtet man nun Wettbewerbsverzerrungen und eine Verlagerung von Industriestandorten nach Nordamerika. Die Antwort der EU-Kommission folgte Anfang Februar. Die Kommission schlägt insoweit insbesondere eine Flexibilisierung für staatliche Beihilfen in der EU vor. Damit soll den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eingeräumt werden, die heimische Industrie stärker zu subventionieren. Darüber hinaus sollen ökologische Projekte schneller als bislang genehmigt werden. Neue Schulden aufnehmen will die Kommission allerdings nicht. Stattdessen soll eine Umschichtung erfolgen: Die Kommission plant hierfür, Millionen-Beträge aus dem Corona-Wiederaufbaufonds zu verwenden, die in den Ausbau nachhaltiger Technologien gesteckt werden sollen, unter anderem für die Herstellung von Elektroautos oder die Nutzung moderner Halbleiterproduktionen. Perspektivisch spricht sie die Kommission allerdings für die Einrichtung eines „Souveränitätsfonds“ aus. Dieser wird von CDU und CSU jedoch strikt abgelehnt. Denn ein solcher Fonds, befürchtet die Fraktion, könnte die Aufnahme neuer EU-Schulden nach sich ziehen. Zugleich fordert die größte Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag die Bundesregierung dazu auf, sich für die Verbesserung von Rahmenbedingungen einzusetzen und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas zu stärken. Deutschland bräuchte insbesondere ein international wettbewerbsfähiges Steuer- und Abgabensystem, flexible Arbeitsmärkte, eine Fachkräfteoffensive sowie eine innovationsfreundliche Regulierung. Zudem plädiert die Fraktion für eine verbindliche Bürokratiebremse für Belastungen durch EU-Recht beziehungsweise dessen Umsetzung sowie für eine enge Abstimmung mit Deutschlands europäischen Partnern. Eine Fragmentierung des Binnenmarkts sowie Subventionswettläufe zwischen den EU-Mitgliedstaaten gelte es zu verhindern, so CDU und CSU.

## CSU-Landesgruppe debattiert mit Experten zum Thema AKW-Laufzeitverlängerung: „Weiterbetrieb technisch möglich“

**Berlin.** Seit Monaten fordern CSU und CDU mit Nachdruck den Weiterbetrieb der drei sich noch am Netz befindlichen Atomkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland. Nach langem Hin und Her und einem Machtwort von Bundeskanzler Scholz konnte sich die Ampel-Koalition Ende letzten Jahres zu einem Weiterbetrieb bis zum 15. April 2023 durchringen. Danach soll dann aber endgültig Schluss sein mit der Atomenergie in Deutschland. Die Union kritisiert diesen Beschluss scharf. Die Ampel sei ideologiegetrieben und verkenne die Lage. In Zeiten des Energiemangels müssten sämtliche Energiequellen genutzt werden.

Ein Argument, das im Rahmen der Debatte vonseiten der Ampel immer wieder angeführt wird, ist das nach der fehlenden Möglichkeit, Brennstäbe aus anderen Ländern als aus Russland zu erwerben. „Dieses Argument ist schlichtweg falsch“, stellt die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert klar. „Brennstäbe werden nicht nur in Russland, sondern auch in Südafrika und Kanada hergestellt und Deutschland könnte sie von dort ohne weiteres beziehen. Das haben wir heute noch einmal von einem Experten bestätigt bekommen“, führte die Abgeordnete im Anschluss an eine Sitzung der CSU-Landesgruppensitzung Anfang Februar aus, zu welcher der Geschäftsführer der PreussenElektra GmbH, Dr. Guido Knott, eingeladen worden war.

Etwa ein halbes bis dreiviertel Jahr brauche es, bis neu bestellte Brennstäbe geliefert würden, so Knott auf entsprechende Nachfrage eines Mitglieds der Landesgruppe. Angesichts des Alters der sich noch im Betrieb befindlichen Brennstäbe und der damit einhergehenden immer weiter fortschreitenden Leistungsabschwächung der Stäbe müssten die neuen allerdings spätestens jetzt bestellt werden, so der Experte weiter und hob in diesem Zusammenhang hervor, dass die noch laufenden deutschen AKWs sich in einem technisch einwandfreien Zustand befänden. 3.500 Regelkontrollen gebe es nach deutschen Vorgaben pro Jahr, um die Sicherheit und Funktionsfähigkeit der Atomreaktoren zu gewährleisten, betonte der Experte. Die Kosten einer Laufzeitverlängerung wären indes nicht gering - rund 25 Milliarden Euro zusätzlich wären insoweit erforderlich. Eine Rechnung, die sich aus Sicht der CSU-Landesgruppe jedoch durchaus lohnen würde. Als klimafreundliche Brückentechnologie dürfe die Atomkraft nicht einfach aufgrund einer bestimmten Parteiideologie ins Aus verbannt werden. **„In diesen Zeiten müssen wir alle möglichen Energiequellen nutzen. Wir können uns den Luxus, die Realität auszublenden und uns von einer Ideologie leiten zu lassen, schlichtweg nicht leisten. Allein das AKW Isar II produziert 12 Prozent des Stromes in Bayern. Klar ist vor diesem Hintergrund: Wenn wir die Versorgungssicherheit in Deutschland gewährleisten und den Energiepreis senken wollen, müssen wir die Angebotsseite, soweit es nur geht, erhöhen“**, so auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert.

Ein wesentliches Problem in Bezug auf den Weiterbetrieb der verbliebenen Atommeiler sah der Experte aus der Praxis allerdings in dem hierfür erforderlichen Personal. Die Energiekonzerne hätten angesichts des politischen Entschlusses von vor einigen Jahren eine Vielzahl des entsprechenden Fachpersonals in den Vorruhestand geschickt. Es seien in den vergangenen Monaten zwar viele auf Anfrage wieder zurückgekehrt, allerdings sei davon auszugehen, dass diese nicht ohne weiteres eine erneute Verlängerung mitmachen würden. Man müsse daher neues Fachpersonal akquirieren. Dieses müsse jedoch auch eingearbeitet werden – nach deutschen Anforderungen dauere es ein Jahr, bis eine Fachkraft selbstständig seine Arbeit ausführen dürfe. Auch hier renne Deutschland die Zeit davon. Das Personal müsse, sofern man eine Laufzeitverlängerung wolle, schnellstmöglich angeleitet werden bevor die bisherigen Mitarbeiter endgültig in den Ruhestand gingen, mahnte Knott. „Wo ein Wille, da ein Weg. Es wäre durchaus denkbar, das Personal noch zu gewinnen. Wenn man wollte – aber die Ampel will ganz offensichtlich nicht“, lautet das Fazit von Silke Launert in diesem Kontext. Auf die Frage des Parlamentarischen Geschäftsführers der CSU-Landesgruppe, Stefan Müller, ob die Unternehmen zur Sicherheit Brennstäbe nicht auf Vorrat bestellen könnten, sodass eine kurzfristige Entscheidung für eine Laufzeitverlängerung möglich werde, gab es vonseiten des Experten eine ernüchternde Antwort: Theoretisch sei dies zwar möglich, allerdings für die Konzerne nicht wirtschaftlich. 30 Stäbe würden rund 50 Millionen Euro kosten. Angesichts der politischen Ausrichtung der Ampel-Regierung würde kein Konzern dieses wirtschaftliche Risiko auf sich nehmen.

„Herzlichen Dank an Dr. Guido Knott für seine sehr informativen Ausführungen. Sein Vortrag hat einmal mehr klargemacht: Wenn die Ampel ihren ideologiegetriebenen Kurs weiterverfolgt, werden wir alle am Ende den Preis bezahlen müssen“, so Silke Launert zum Abschluss der Landesgruppensitzung.



## Geplantes Verbot von Öl- und Gasheizungen – Silke Launert: „Wieder einmal mehr grüner Wunsch als Wirklichkeit!“



**Berlin.** Wie Anfang März bekannt wurde, plant Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, ab 2024 den Einbau von Gas- und Ölheizungen zu verbieten. Ferner sollen bestehende Anlagen nach maximal 30 Jahren Nutzung ausgebaut werden müssen. Ein Schock für die rund 71 Prozent der Menschen in Deutschland, die noch mit Öl und Gas heizen. Für seinen Vorschlag erntet Habeck massive Kritik. Die Union bezeichnet den Plan als „realitätsfern“. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete äußerte sich sehr deutlich: **„Bei dem aktuellen Entwurf aus dem Haus des grünen Bundeswirtschaftsministers Robert Habeck merkt man wieder einmal: Mehr Wunsch als Wirklichkeit!“** Sollten die Pläne tatsächlich umgesetzt werden, so die Abgeordnete weiter, würde dies vor allem Menschen mit kleineren Einkommen sowie diejenigen, die in ländlichen Regionen wohnen und keinen Zugang zu Fernwärmenetzen haben, hart treffen. **„Selbstverständlich muss der Ausbau der erneuerbaren Energien ausgebaut werden, aber dabei darf man die Menschen doch nicht vergessen! Gute Politik orientiert sich an der realen Machbarkeit und hält nicht krampfhaft an einer Ideologie fest!“** Finanzielle Leistungsfähigkeit sowie eine ausreichende Anzahl an verfügbaren Handwerkern seien unverzichtbare Parameter, die in die Erwägungen miteinbezogen werden müssen. **„Mit ihren Plänen überfordert die Bundesregierung die Menschen in unserem Land und leistet dem Klimaschutz damit einen Bärendienst!“**, lautet das Resümee der CSU-Politikerin.

## Attraktivität des öffentlichen Dienstes: „Staat muss sich weiterentwickeln“

**Berlin.** Über die Bedeutung sowie die Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes ging es in einer Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag Anfang März. „Müllabfuhr, öffentlicher Nahverkehr, Kitas, Kliniken, Verwaltung – nein, es geht nicht viel ohne den öffentlichen Dienst“, stellte auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert in ihrer Plenarrede heraus. Falle auch nur ein Teil der öffentlich Beschäftigten aus, stehe der Alltag schnell Kopf. In allen Lebensbereichen sei der öffentliche Dienst präsent, in allen Lebensabschnitten ein Begleiter. „Von klein auf haben wir mit ihm, dem Staat, zu tun: von der Geburt in der Klinik, wenn es eine öffentliche vor Ort ist, über Kita, Kindergarten, Schule, Standesamt. Aber dieser Staat ist nicht nur eine Institution. Er wird repräsentiert von Gesichtern, und zwar genauer gesagt: von 5 Millionen Gesichtern“, so Launert weiter und betonte im weiteren Verlauf ihrer Rede, dass der öffentliche Dienst attraktiv ausgestaltet werden müsse. Denn auch dort sei der Fachkräftemangel deutlich zu spüren. Neben einer höheren Entlohnung forderte die Abgeordnete daher insbesondere auch bessere Einstiegsgehälter, flexible Arbeitszeiten, sowie die Möglichkeit von Homeoffice. Angesichts der hohen Inflation sei es für sie zudem völlig nachvollziehbar und logisch, dass die Gewerkschaften noch ein bisschen mehr fordern würden. Abschließend hob die CSU-Politikerin hervor: „Wir haben keine Wahl. Wenn wir nicht wollen, dass unser Land nicht nur im übertragenen Sinne stillsteht, weil es am geeigneten Personal fehlt, sei es im ÖPNV, in Kitas, Schulen, Kliniken, im IT-Bereich oder bei der Müllabfuhr, dann muss der Staat in Bewegung bleiben, sich weiterentwickeln, und zwar nicht allein um seiner selbst willen, sondern um unser aller willen.“



## Bundesregierung beschließt Lieferung von Leopard 2-Kampfpanzern an die Ukraine

**Berlin.** Die Rufe der Ukrainer waren nicht zu überhören. Dennoch hat es lange gedauert, bis Bundeskanzler Olaf Scholz sich dazu durchringen konnte, grünes Licht für die Lieferung von deutschen Leopard 2-Kampfpanzern zu geben. Zu lange, heißt es vonseiten der größten Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag. Die nun getroffene Entscheidung sei richtig und angemessen, das lange Zögern des Kanzlers habe in der Nato und in der EU aber erhebliche Irritationen zurückgelassen, kritisieren CDU und CSU.

Niemand in diesem Haus tue sich mit einer solchen Entscheidung leicht. Aber der Bundestag habe auf Initiative der Unionsfraktion bereits im vergangenen April die Regierung aufgefordert, die Ukraine mit schweren Waffen zu unterstützen. Durch das lange Zögern der Bundesregierung sei in der NATO und der EU der Eindruck entstanden, dass man dieser Bundesregierung nicht trauen könne, dass man sie zu Entscheidungen drängen müsse, kritisiert der Fraktionsvorsitzende der Union Friedrich Merz. „Dieser Schaden, der bleibt – auch über den Tag der heutigen Entscheidung hinaus.“ Frieden werde nicht dadurch geschaffen, indem man die Ukraine die Selbstverteidigung nicht wahrnehmen lasse, betonte in diesem Zusammenhang auch CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt.



Die nun an die Bundesregierung gerichteten Forderungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind unmissverständlich: Die Leopard-Kampfpanzer müssen zügig an die Ukraine geliefert und die Soldaten auf dem Gerät ausgebildet werden. Gleichzeitig müsse die Bundesregierung dafür Sorge tragen, dass die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr nicht geschwächt wird. Gerät, das aus der Bundeswehr an die Ukraine geliefert wird, müsse zudem schnellstens ersetzt werden. Dafür braucht es zügig Bestellungen bei der Industrie, drängen die Unionspolitiker.

## Krise auf dem Wohnungsmarkt – Union: Keine ideologischen Einschränkungen!



**Berlin.** 400.000 neue Wohnungen pro Jahr: So lautet das selbstgesteckte Ziel der Ampel-Koalition.

Viel übrig geblieben ist von diesem Versprechen allerdings nicht. Wie Bauministerin Klara Geywitz mittlerweile eingeräumt hat, wird das ausgerufen Ziel weit verfehlt – sowohl für das Jahr 2022 als auch das Jahr 2023. Ob 2024 eine Kehrtwende eintritt, sei sehr zu bezweifeln, so die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag. Eine Antwort auf die Lösung des Problems bleibe die Regierung dabei weiterhin schuldig:

**„Außer leerer Floskeln und dem Eingeständnis des Scheiterns konnte die Ministerin nichts liefern“**, so die CSU-Landesgruppe im Bundestag im Rahmen einer Aktuellen Stunde. „Bezahlbares Wohnen ist eine der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit – in der Stadt und inzwischen auch im ländlichen Raum“, unterstreichen CDU und CSU zudem in einem gemeinsamen Antrag und fügen an, dass Bauen und Planen vor allem eines brauche: Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Neben den steigenden Zinsen und Materialkosten sowie dem immensen Fachkräftemangel

seien zahlreiche andere Gründe von SPD, Grünen und FDP hausgemacht, darunter etwa das Chaos bei der KfW-Förderung, überhöhte Standards für die Energieeffizienz oder die Abschaffung bewährter Programme wie das Baukindergeld. Die Fraktion fordert insoweit einen Dreiklang für mehr bezahlbare Wohnungen: Baukindergeld II, realistische Energieeffizienzstandards sowie eine „Bauministerin mit Kompetenz statt dem Gesicht der Baukrise“. Nur mit mehr Wohnungsneubau könne man den Druck von den Mieten nehmen und Wohnraum für Familien schaffen. Zentral sei dabei, alle Wohnformen in den Blick zu nehmen: Mietwohnungen, Eigentumswohnungen wie auch Einfamilienhäuser.

**„Wir wollen keine ideologischen Einschränkungen beim Wohnungsbau“**, lautet die klare Ansage von CDU und CSU.

## Silvesterkrawalle – Union: „Der Rechtsstaat muss klare Kante zeigen!“



**Berlin.** „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst sind Helfer, die sich für die Menschen in unserem Land einsetzen. Wer sie angreift, greift die ganze Gesellschaft an.“ Es sind deutliche Worte, welche die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Bezug auf die Krawalle an Silvester findet. Geplante und systematische Angriffe auf Einsatzkräfte, das Locken in Hinterhalte und das Beschießen mit Feuerwerk – all das habe es in dieser Form zuvor noch nicht gegeben, führt die Fraktion weiter aus und betont, dass Angriffe auf Einsatzkräfte auch ein Ausdruck von fundamental mangelndem Respekt gegenüber dem deutschen

Staat und den grundlegenden Regeln des Zusammenlebens in Deutschland seien. „Wir wollen deshalb einen starken Staat, der die Regeln des Rechtsstaates überall durchsetzt“, lautet die klare Forderung. Fakt ist: In den letzten Jahren wurden unter der unionsgeführten Bundesregierung nicht nur die Sicherheitsbehörden personell gestärkt, sondern auch das Strafmaß für Angriffe auf Rettungskräfte heraufgesetzt. Allerdings, so CDU und CSU, seien bei der Umsetzung in erster Linie die Länder gefragt. Rechtsstaat durchsetzen heiße auch, Vollzugsdefizite anzugehen. Zudem brauche es eine klare und offene Diskussion, was bei der Integration in manchen Städten schiefgelaufen ist. Nach jetzigem Erkenntnisstand handele es sich bei den Tätern vorwiegend um junge Männer mit Migrationsgeschichte, die aus bestimmten Milieus und Stadtteilen stammten. Diese Problematik müsse man klar ansprechen, fordert die Fraktion. **„Probleme unter den Tisch zu kehren, bringt uns nicht weiter. Dort, wo offensichtlich Defizite bestehen, müssen diese klar benannt und sodann nach Lösungen gesucht werden. Wer Angst vor Diskussionen hat, der erweist unserer Gesellschaft und vor allem auch all denjenigen, die sich in Deutschland erfolgreich integriert haben, einen Bärendienst!“**, betont auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, welche die CSU im Innenausschuss des Deutschen Bundestages vertritt.

## Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern – Silke Launert: Datenschutz darf nicht über dem Kinderschutz stehen!

**Berlin.** Der Deutsche Bundestag hat Mitte Januar über die Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen diskutiert. Im Zentrum der Debatte stand eine sich derzeit im parlamentarischen Verfahren befindliche EU-Verordnung. Der zugehörige Entwurf sieht vor, dass Internetplattformen Maßnahmen zur Risikobewertung und -minimierung hinsichtlich der Verbreitung des Materials von sexuellem Missbrauch und des sog. Groomings (sexuell motivierte Kontaktaufnahme zu Kindern im Internet) zu treffen haben. Sollten diese nicht genügen, könnten sie nach dem Vorschlag der EU-Kommission im Rahmen eines mehrstufigen Verfahrens durch sogenannte Aufdeckungsanordnungen verpflichtet werden, Missbrauchsmaterial beziehungsweise Grooming aufzuspüren, zu melden und zu entfernen.

Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Dr. Silke Launert betonte in ihrer Plenarrede, dass Datenschutz zwar wichtig sei, aber nicht über dem Kinderschutz stehen dürfe. Kinder und Jugendliche, die Opfer von sexuellem Missbrauch geworden seien, würden die Tat nie vergessen können. Sie hole sie auch im Erwachsenenalter immer wieder ein. „Nein, das ist eben nicht nur eine Narbe, nichts, was verheilt. Das ist eine Narbe, die immer wieder aufbricht“, so die Abgeordnete. Genau deshalb sei es so wichtig, die richtigen Prioritäten zu setzen, führte Launert weiter aus. Zwar gebe es in Bezug auf die EU-Verordnung noch Klärungsbedarf, sowohl in rechtlicher als auch in technischer Hinsicht. Wer es aber mit dem Kinderschutz wirklich ernst meine, der



lehne den Vorschlag nicht pauschal ab, wie es die Linksfraktion befürworte, sondern suche nach Lösungen, „ernsthaft getragen von der Verantwortung für das Leben, für die Gesundheit, für das seelische Wohl unserer Kinder“. Eine klare Aufforderung richtete die Abgeordnete zudem an die Bundesregierung: Der Europäische Gerichtshof habe im letzten Jahr klargestellt, dass zur Bekämpfung schwerer Kriminalität eine allgemeine und unterschiedslose Vorratsdatenspeicherung der IP-Adressen – zeitlich befristet – zulässig sei. Dieser Spielraum müsse von der Bundesregierung endlich genutzt werden.



## Silke Launert zu Gast bei „Stimmt! Der Nachrichten-Talk“



**Berlin.** Es gab wieder einmal viel zu diskutieren in der Youtube-Sendung „Stimmt! Der Nachrichten-Talk“: Die Räumung des Protestcamps in Lützerath, die Festnahme von Greta Thunberg sowie die geplante Wahlrechtsreform der Ampel waren die Schwerpunktthemen, welche die Talkshowgäste unter der Leitung des Moderators Sebastian Vorbach Mitte Januar behandelten. Mit dabei waren neben dem Journalisten Ralf Schuler sowie der Journalistin und Buchautorin Bettina Röhl auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Dr. Silke Launert.

Die Abgeordnete fand in Bezug auf die Proteste in Lützerath deutliche Worte: „Wenn etwas nicht legal ist, ist es strafbar. So einfach. Auch Luisa Neubauer kann sich dem Gesetz nicht entziehen“. Die Klimaaktivisten seien zwar perfekt in der Inszenierung, die Geschichte von braven, durchweg friedlichen Aktivisten, die medial transportiert werde, sei hingegen falsch. Es sei keine Anerkennung von Gewaltenteilung, wenn man Gerichtsurteile nicht akzeptiere. Zudem werde nicht ausreichend gesehen, dass die Polizei für die Demokratie, für die Durchsetzung von Gerichtsurteilen, eintrete. Die Polizisten würden ihrer Pflicht nachgehen, indem sie die Entscheidung der Grünen durchsetzten, wobei sie auch ihre Gesundheit für den Rechtsstaat riskierten. Die Bayreutherin hob zudem die Bedeutung von Kompromissfähigkeit für eine funktionierende Demokratie hervor. Es sei eben der Kompromiss, der für die Menschen, für den Zusammenhalt der Gesellschaft das Sinnvollste sei. „Nicht nur die große Botschaft, sondern auch immer einen Schritt auf den anderen zu“, lautete Launerts klare Aussage. Seine Meinung kundtun, demonstrieren, das alles sei legitim, aber man dürfe es nicht durchgehen lassen, dass Straftaten begangen würden.

Auch Ralf Schuler kritisierte die Klimaaktivisten mit deutlichen Worten. Anstatt über technologische Auswege zu reden, würden sie Symbolschlachten schlagen, mit denen keinem gedient sei. Es sei ein „schludriges Rechtsstaatsverständnis“, das hier zutage trete. Die Journalistin Bettina Röhl warnte davor, die Aktivisten zu unterschätzen. Insbesondere Greta Thunberg trete rhetorisch versiert auf. Zudem würden die Klimaaktivisten nach außen geschlossen agieren, was zu ihrem Erfolg maßgeblich beitrüge. Röhl kritisierte in diesem Kontext, dass die Aktivisten ihren Protest und seine Formen in den Vordergrund stellten anstatt sich um das Klima zu kümmern.

Auch in Bezug auf das Thema Wahlrechtsreform vertraten die Talkshowgäste deutliche Positionen. Silke Launert stellte vor allem die Bedeutung der Direktmandate heraus. Dies sei auch kein CSU- oder Unions-Thema, sondern ein Thema der Demokratie. So sei es etwas ganz anderes, ob man als Direktabgeordneter die Verantwortung für einen bestimmten Wahlkreis trage, oder ob man über die Liste eingezogen sei. Als Direktabgeordneter gehe man vor Ort einkaufen, die Kinder würden die Schule im Ort besuchen. Wenn etwas politisch nicht funktioniere, würde man sofort angesprochen und stehe im unmittelbaren, permanenten Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Es sei wichtig für die Akzeptanz, Politik im direkten Austausch vor Ort zu erklären, hob Launert hervor. Würden manche Wahlkreise aufgrund der Reform keinen Direktabgeordneten mehr bekommen, so sei dies fatal. Es bestünde die Gefahr, dass die gewählten Politiker den Kontakt zu den Regionen, insbesondere zu den ländlichen Gegenden, verlieren würden. Politikverdrossenheit wäre die Folge genauso wie eine Stärkung radikaler Parteien.

Die Journalistin Bettina Röhl sprach sich für eine Entschlackung des Parlaments aus, stimmte zugleich aber Launert in Bezug auf die Bedeutung der Direktmandate zu. Ralf Schuler sieht durch den Vorschlag der Ampel zentrale Wahlgrundsätze verletzt. Die Stimme des einen Wählers könne einen höheren Erfolgswert haben als die eines anderen, wenn dessen von ihm gewählter Direktkandidat einzöge, der des anderen aber aufgrund des schlechten Zweitstimmenergebnisses nicht.

Am Ende der Sendung war für Silke Launert, die das erste Mal an diesem Format teilnahm, klar: „Es war eine tolle Erfahrung, die ich hier heute machen durfte! Ich komme gerne wieder!“

## Bekämpfung des Fachkräftemangels - Union: Visaerteilungsverfahren beschleunigen, weniger Bürokratie bei Berufsanerkennung, Qualifikation muss Maßstab bleiben



**Berlin.** Ein Problem, das mittlerweile viele Branchen betrifft: Der Fachkräftemangel. Rund 1,9 Millionen Stellen sind derzeit in Deutschland unbesetzt: Klar ist: Ohne zusätzliche Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte wird es nicht gehen. „Deutschland braucht qualifizierte Arbeitsmigration“, heißt es hierzu auch vonseiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dabei müsse die Qualifikation allerdings der zentrale Maßstab bleiben. Richtschnur müsse zudem sein, legale und zielgerichtet gesteuerte Arbeitsmigration klar von der irregulären Migration und Deutschlands humanitären Verpflichtungen zu unterscheiden.

Einen wesentlichen Ansatzpunkt sieht die Union in der Behebung der schleppenden Visaerteilung durch Botschaften und Konsulate. Hier müsse das Auswärtige Amt zügig Abhilfe schaffen. Zudem, so eine weitere Forderung der Fraktion, müssten die Berufsanerkennungen unbürokratischer erfolgen. In Bezug auf Sprachkenntnisse seien die Anforderungen so auszugestalten, dass Integration gelinge, die Hürden aber nicht zu hoch gelegt würden. Außerdem hat sich aus Sicht der Christdemokraten und Christsozialen die Westbalkan-Regelung als Sonderregelung bei europäischen Regionen bewährt. Man wolle daher eine festgelegte Anzahl an Arbeitskräften auf den Kreis der Staaten der EU-Beitrittskandidaten ausweiten. Ferner sollten alle Bundesländer zentrale Ausländerbehörden für die Fachkräftegewinnung schaffen und es sollte die gezielte Anwerbung von internationalen Fachkräften, vor allem aus Engpassberufen und Schlüsseltechnologien, vorangetrieben werden. Ein Fokus sollte überdies auf die Anwerbung von Fachkräften aus der EU gelegt werden.

Mit den Vorschlägen der Ampel-Koalition zu dieser Problematik geht die Unionsfraktion hart ins Gericht: SPD, Grüne und FDP wollten nichts weniger als einen „Paradigmenwechsel“. Deutschland würde, wenn diese Pläne verwirklicht würden, massiv für Niedrigqualifizierte geöffnet werden. Zum Hintergrund: Bislang galt als Fachkraft, wer einen gleichwertigen Berufsabschluss aufweist. Nach den Plänen der Ampel soll für die Arbeitsaufnahme neben dem Status als Fachkraft eine mindestens zweijährige Ausbildung und berufspraktische zweijährige Erfahrung im Ausland und ein Arbeitsplatzangebot mit einem Gehalt in Höhe von 45 Prozent der jährlichen Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung (derzeit rund. 3.2000 Euro/Monat) genügen. Deutsche Sprachkenntnisse sollen keine Rolle mehr spielen. Zudem sollen auch Ausbildungen ausreichen, die im Herkunftsland anerkannt sind, jedoch nicht deutschen Standards genügen und die lediglich zwei Jahre gedauert haben.

Kritisiert wird ferner, dass die Ampel plane, die Westbalkan-Regelung zu entfristen und das jährliche Kontingent von 25.000 auf 50.000 Genehmigungen auszuweiten. Ebenfalls kritisch sehen CDU und CSU das von der Ampel vorgeschlagene Punktesystem für eine einjährige Arbeitsplatzsuche. Bereits jetzt gebe es für Fachkräfte die Möglichkeit zur sechsmonatigen Arbeitsplatzsuche. Ein Punktesystem beziehungsweise eine Chancenkarte biete in der aktuellen Situation, in welcher nur wenig qualifizierte Fachkräfte (anders als etwa in Kanada) und zu viele unqualifizierte Migranten nach Deutschland wollten, keinen Mehrwert, sondern senke die Anforderungen für die Einreise von Niedrigqualifizierten weiter ab und schaffe nur zusätzliche Bürokratie.

## KfW-Förderung: Mehr Gelder für die Landkreise Bayreuth und Forchheim



**Berlin/Bayreuth/Forchheim.** Gute Neuigkeiten für die Landkreise Bayreuth und Forchheim: Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (kurz KfW) hat in der ersten Hälfte des Jahres Fördergelder in Höhe von **insgesamt 89 Millionen Euro** für die Stadt Bayreuth, den Landkreis Bayreuth und den Landkreis Forchheim bereitgestellt. So erhielt der **Landkreis Bayreuth insgesamt 22 Millionen Euro** sowie **der Landkreis Forchheim 21,8 Millionen**. Der Stadt **Bayreuth** wurden Gelder in Höhe von **45,2 Millionen Euro** gewährt. Insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen profitieren von den bereitgestellten Geldern. Ebenfalls gefördert werden der altersgerechte Umbau und der Ausbau erneuerbaren Energien in den Gemeinden.

Die direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Bayreuth/Forchheim, Dr. Silke Launert, freut sich über die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel. Durch die Förderung der KfW würden die Unternehmen sowie wichtige Projekte in der Region stärker unterstützt. Verbesserte Förderangebote für mittelständische Unternehmen, Verbesserung von Digitalisierungsangeboten und Investitionen in Klimaschutz und eine nachhaltige Zukunft seien bedeutend für Bayreuth, Forchheim und Umgebung, führt die Abgeordnete weiter aus. Gleichzeitig helfe die KfW der Wirtschaft in den Landkreisen bei der Bewältigung der Folgen des Ukraine-Krieges und bei den steigenden Gas- und Energiepreisen. Auch in Zukunft erhofft sich die Abgeordnete, dass mehr finanzielle Leistungen der KfW in den Landkreis Bayreuth sowie den Landkreis Forchheim fließen, um die sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten vor Ort verbessern zu können.

## Claudia Plattner wird neue Präsidentin des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik

**Berlin.** Nun ist es offiziell. Claudia Plattner wird die neue Präsidentin des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Sie folgt damit auf Arne Schönbohm, welcher von der Bundesinnenministerin vor einigen Monaten seines Amtes enthoben worden war. Dem ehemaligen Präsidenten des BSI, das insbesondere für die Abwehr von Hackerangriffen zuständig ist, wird vorgeworfen, Kontakte zu einem Verein mit Verbindungen zu russischen Geheimdienstkreisen gehabt zu haben. Schönbohm bestreitet die Vorwürfe. Scharfe Kritik an dem Vorgehen von Ministerin Faeser in dieser Angelegenheit kommt vonseiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Bis heute habe die Ministerin nicht nachvollziehbar begründet, weshalb sie Schönbohm seines Amtes enthoben habe. Auch auf mehrmalige Nachfrage der Fraktion im Innenausschuss sei Faeser eine Antwort schuldig geblieben, so die Union und hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass der ehemalige BSI-Präsident bei seinen Mitarbeitern und bei internationalen Partnern hoch angesehen gewesen sei.

Den Präsidenten der wichtigsten Cybersicherheitsbehörde anlässlich einer faden-scheinigen Satiresendung seines Amtes zu entheben und in der derzeit angespannten Lage das Amt monatelang nicht zu besetzen, sei eine politische Bankrotterklärung.

Die Innenministerin habe durch ihre Vorgehensweise dem Ruf des BSI massiven Schaden zugefügt. Das Vertrauensverhältnis zwischen BSI und dem Innenministerium sei nun erheblich gestört.

An der Kompetenz der neuen Führung zweifelt die Fraktion indes nicht und wünscht der künftigen Präsidentin viel Erfolg für ihre verantwortungsvolle Aufgabe.

## Arzneimittelengpässe – Union fordert „Beschaffungsgipfel“



**Berlin.** In die Apotheke gehen, das Rezept vorlegen und das gewünschte Medikament erhalten. Ein Vorgang, der bis vor kurzem Routine war. Doch in den vergangenen Monaten ist der Gang in die Apotheke für nicht wenige zur Tortur geworden. Fiebersäfte, Antibiotika, Insulin und auch Krebsmedikamente sind flächendeckend kaum noch erhältlich oder nur mit hohem Aufwand zu bekommen. Eltern, deren Kinder erkrankt und dringend auf Fiebersäfte angewiesen waren, mussten teilweise ins benachbarte Ausland fahren, um das jeweilige Arzneimittel zu erhalten.

Angesichts dieses Notstandes fordert die Unionsfraktion die Einrichtung eines Beschaffungsgipfels, auf welchem alternative Beschaffungen aus dem Ausland, verbesserte Verteilungs- und Austauschmöglichkeiten und ein nationales Frühwarnsystem thematisiert werden sollen. Zudem fordern CDU und CSU die Steigerung der europäischen Arzneimittelproduktion beziehungsweise zumindest eine effektivere europäische Beschaffung sowie eine Eröffnung von Apotheken. Die Ankündigungen des Bundesgesundheitsministers, lediglich langfristige Regelungen zu schaffen, reichten nicht aus, so die Fraktion. „Gehandelt werden muss jetzt.“

## Wahlrechtsreform – Unionsfraktion kritisiert: Manche Wahlkreise werden nicht mehr vertreten sein!

**Berlin.** Der Bundestag ist zu groß. In Bezug auf diese Aussage herrscht große Einigkeit zwischen den Fraktionen. Hinsichtlich der Lösung dieses Problems ist es dann aber schnell vorbei mit dem überfraktionellen Konsens. Die Ampel-Regierung hat im Januar einen neuen Vorschlag zur Minimierung des Parlaments vorgelegt. Dieser sieht für den Deutschen Bundestag eine feste Anzahl von 598 Abgeordneten vor. Nach den Plänen der Ampel soll jeder Wähler zwei Stimmen erhalten, eine sogenannte „Wahlkreisstimme“ für einen Direktkandidaten (bisher „Erststimme“) und eine zweite, die sogenannte „Hauptstimme“, für die Landesliste einer Partei (bisher „Zweitstimme“). Orientieren soll sich die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag allein an den abgegebenen „Hauptstimmen“ („Erststimmen“). Überhang- und Ausgleichsmandate werden abgeschafft. Sofern in einem Bundesland mehr Direktmandate anfallen als einer Partei nach dem Hauptstimmenergebnis zustehen, werden diese überhängenden Direktmandate „gekappt“. Dies bedeutet in der Konsequenz: Ein gewonnener Wahlkreis ist noch längst kein gewonnener Wahlkreis. Sollte eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate gewinnen als ihr nach den Zweitstimmen zusteht („Überhangmandate“), dann gelten die Wahlkreisbewerber mit den wenigsten Stimmen als nicht gewählt. Letztendlich hat dies zur Folge, dass manche Wahlkreise damit ohne Abgeordneten in Berlin sein werden.

Die Unionsfraktion kritisiert diesen Vorschlag mit Nachdruck. Mit dem Vorschlag der Ampel setze sich die Ampel-Koalition über den Wählerwillen der Bürgerinnen und Bürger hinweg. Wer direkt gewählt sei, habe von den Bürgerinnen und Bürgern ein Mandat erhalten und sei demokratisch legitimiert. Gewählten Wahlkreiskandidaten das Mandat zu verweigern, sei eine eklatante Missachtung des Wählerwillens und des Rechtsstaats- und Demokratieprinzips, so auch der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Stefan Müller. Die Union verweist zudem auf die außerordentliche Bedeutung von Direktmandaten in Bezug auf demokratische Gesichtspunkte. So fühlten sich die direkt gewählten Abgeordneten in besonderer Weise den Bürgerinnen und Bürgern ihres Wahlkreises verpflichtet. Zugleich werde ihre Arbeit von den Bürgern direkt und unmittelbar beurteilt. Der Entwurf der Ampel hingegen, der eine Entwertung der Hauptstimme vorsehe, belohne Parteisolddaten.

Zunächst hatten CDU und CSU als eigenen Vorschlag ein sogenanntes Grabenwahlrecht vorgelegt. Nach diesem Modell werden 280 Abgeordnete (Anzahl der Wahlkreise ab 2024) direkt in den Wahlkreisen mit der Erststimme gewählt, weitere 318 Abgeordnete über die Landeslisten mit der Zweitstimme. Eine Verrechnung zwischen Erst- und Zweitstimme sollte nicht stattfinden. Gedanklich sollte also ein „Graben“ zwischen Erst- und Zweitstimme gezogen werden. Als absehbar war, dass mit diesem Vorschlag ein Kompromiss ausgeschlossen sein würde, erarbeitete die Fraktion einen neuen Vorschlag, welcher eine Reduzierung der Anzahl der Wahlkreise auf 270 beinhaltet. Zugleich sollen die Regelgröße für Listenmandate auf 320 erhöht werden. Überhangmandate einer Partei in einem Bundesland sollen wie bisher mit Listenmandaten der gleichen Partei in anderen Bundesländern verrechnet werden. Bei Verteilung der Sitze auf die Landeslisten sollen überdies nur Parteien berücksichtigt werden, die mindestens 5 Prozent der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder in mindestens fünf Wahlkreisen einen Sitz errungen haben.



## Chronisches Erschöpfungssyndrom – Union fordert mehr Unterstützung für Betroffene

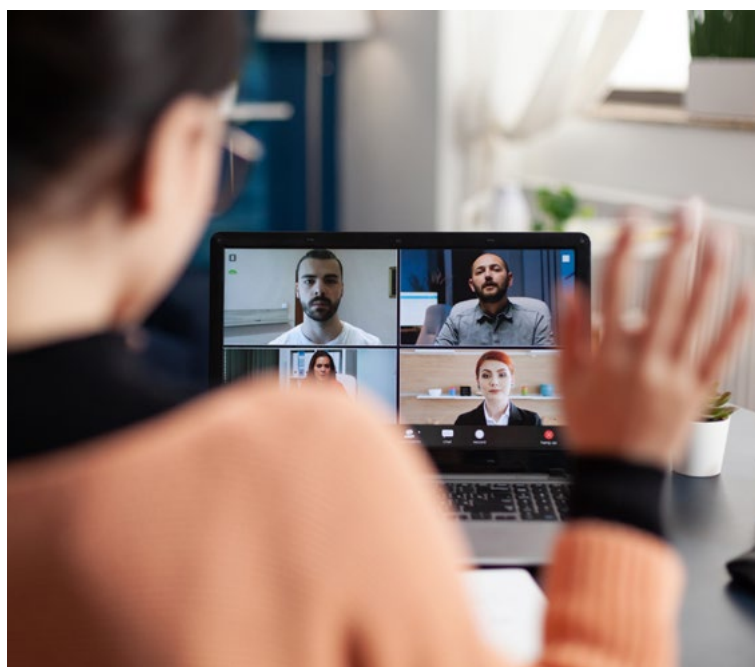


**Berlin.** Erschöpfung und Müdigkeit rund um die Uhr. Kaum Kraft für die einfachsten Dinge des Lebens. Das sind die Symptome des chronischen Erschöpfungssyndroms (kurz: ME/CFS), an welchem rund 17 bis 24 Millionen Menschen weltweit erkrankt sind.

Schon vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie gab es in Deutschland mindestens eine Viertelmillion Betroffene. Zwar hatte die Weltgesundheitsorganisation ME/CFS bereit im Jahr 1969 als neurologische Erkrankung eingestuft, dennoch gibt es bis heute keine zugelassene kurative Behandlung oder Heilung. Vor diesem Hintergrund fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine bessere Gesundheits- sowie Therapieversorgung, Aufklärung und Anerkennung und hat hierfür zu Beginn des Jahres einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Es bedürfe dringend flächendeckender, interdisziplinärer und umfassender Versorgungsstrukturen, um das Leid so vieler Menschen in Deutschland zumindest schnell zu mildern, führen CDU und CSU in ihrem Antrag aus. Dafür müsse eine gute medizinische sowie pflegerische Versorgung sichergestellt werden. Zudem bedürfe es dringend der klinischen Prüfung und Zulassung von Medikamenten, um die Erkrankung ursächlich zu behandeln, so die Unionspolitiker.

## Vereinsrecht: Hybride Mitgliederversammlungen in Zukunft möglich



**Berlin.** Es muss nicht immer gleich eine Pandemie sein – es gibt auch andere Gründe, aus welchen eine Vereinssitzung digital oder hybrid praktisch sein kann. Dieser Auffassung ist auch der Deutsche Bundestag und hat mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie mit den Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und Die Linke gegen das Votum der AfD ein Gesetz beschlossen, nach welchem Vereine künftig grundsätzlich hybride Mitgliederversammlungen einberufen dürfen.

Die Teilnahme und Ausübung von Mitgliedsrechten ist dann sowohl in Präsenz als auch virtuell möglich. Durch vorherigen Beschluss der Mitglieder können in Zukunft auch rein virtuelle Versammlungen einberufen werden. Der Unionsfraktion geht das Gesetz indes noch nicht weit genug. Die Anhörung im Ausschuss habe offenbart, dass es ein Bedürfnis gebe, rein virtuelle Versammlungen direkt zu ermöglichen, so CDU und CSU. Die Regelung, erst einen Beschluss der Mitgliederversammlung herbeizuführen, sei vor dem Gesetzeszweck der Vereinfachung unlogisch, systemwidrig und führe zu mehr Bürokratie.

## CSU-Landesgruppe besucht Grüne Woche

**Berlin.** Erstmals seit Ausbruch der Corona-Pandemie fand in Berlin wieder die Grüne Woche statt. An 10 Tagen konnten Interessierte die Agrarmesse am Berliner Funkturm besuchen. Die Veranstalter zeigten sich zufrieden: Rund 300.000 Menschen fanden den Weg in die Messehallen der Hauptstadt. Auch die CSU-Landesgruppe ließ es sich nicht nehmen, die Grüne Woche zu besuchen und bei den bayerischen Ausstellern vorbeizuschauen. Ebenfalls vor Ort war die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert, die sich sehr darüber freute, dass die Heimat gut vertreten war. „Für mich war der Besuch wieder einmal beeindruckend! Ich liebe Essen und hier sieht man, was wir alles an tollen regionalen Produkten herstellen!“ Selbstverständlich musste sich die Oberfränkin selbst von der Qualität der Produkte überzeugen und ließ sich daher einige Leckerbissen schmecken.



## Besuch aus dem Wahlkreis

Gleich zwei Gruppen aus dem Wahlkreis durfte die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert in diesem Jahr zur Grünen Woche in Berlin begrüßen. Die Nachfrage war so groß, dass der ursprünglich vorgesehene Bus nicht ausreichte und gleich noch ein zweiter hinzugebucht werden musste. „Es ist immer schön, wenn mich Gruppen aus dem Wahlkreis in Berlin besuchen! Toll, dass die Nachfrage so groß ist!“, freute sich Launert. Neben einem Einblick in den Bundestag, die Bayerische Landesvertretung und einer Rundfahrt durch Berlin ging es zum Abschluss zur Grünen Woche, wo die oberfränkischen Besucher sich nicht nur informieren konnten, sondern auch in den Genuss vieler kulinarischer Genüsse kamen.



Ende Februar erhielt die Abgeordnete dann noch Besuch von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der ersten BPA-Fahrt in diesem Jahr. Silke Launert freute sich, viele bekannte Gesichter wiederzusehen und stellte sich den zahlreichen Fragen der Besucherinnen und Besucher aus dem Wahlkreis. „Ganz herzlichen Dank für euer Interesse und eure tollen Fragen!“, bedankte sich die Abgeordnete und freute sich auf ein baldiges Wiedersehen in Bayreuth und Umgebung.





Schon wenige Wochen später kam die zweite BPA-Gruppe nach Berlin. Silke Launert freute sich über die vielen Teilnehmer aus der Fränkischen Schweiz: Herzlichen Dank für den Besuch! Es war schön mit euch! Ich hoffe, ihr könnt viele schöne Erinnerungen mit nach Hause nehmen



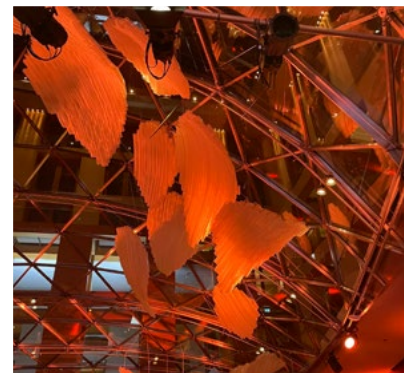
Ebenfalls im März durfte die Bayreuther Abgeordnete Schülerinnen und Schüler aus drei Klassen des Christian Ernestinum-Gymnasiums in Bayreuth begrüßen. „Vielen Dank für eure wirklich sehr spannenden Fragen!“



## Begegnungen im Deutschen Bundestag



In der ersten Sitzungswoche nach der parlamentarischen Weihnachtspause lud der **Parlamentarischer Kreis Mittelstand** zum Neujahrsempfang in das beeindruckende DZ-Bank-Gebäude am Pariser Platz. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert nahm an der Veranstaltung teil und tauschte sich mit Unternehmerinnen und Unternehmern sowie Kolleginnen und Kollegen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen aus.



Eine Woche lang im Leben einer Bundestagsabgeordneten – das durfte **Schülerpraktikant Jonas Ohnesorg** im Februar live miterleben. Zuerst begleitete er Silke Launert zu Terminen im Wahlkreis und dann ging es für einen Tag nach Berlin in den Deutschen Bundestag. „Schön, dass Du dabei warst!“, freute sich Launert über den Besuch und das Interesse des Schülers.

**Treffen mit der Organisation „International Justice Mission“:** Sexueller Missbrauch von Kindern im Internet – ein furchtbares Thema, über das aber gesprochen werden muss, damit die richtigen Maßnahmen zur Verhinderung solcher Taten und zur Ergreifung der Täter auf den Weg gebracht werden. Mit Niklas Wolf von der Organisation „International Justice Mission“, die sich gegen Menschenhandel und Missbrauch einsetzt, hat sich die Bayreuther Bundestags-

abgeordnete und Innenpolitikerin Dr. Silke Launert im Februar zu dieser Problematik in ihrem Berliner Büro ausgetauscht. Ein wirksamer Rechtsrahmen sei unverzichtbar, waren sich die beiden schnell einig. Darüber hinaus appellierte Launert: **„Die Bundesinnenministerin muss endlich handeln und den von dem Europäischen Gerichtshof vorgegebenen Raum für die Speicherung von ID-Adressen zur Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch nutzen! Die Ampel hat schon zu viel Zeit ungenutzt verstreichen lassen! Datenschutz ist wichtig, er darf aber nicht über dem Schutz unserer Kinder vor sexuellem Missbrauch stehen!“**



### **Austausch mit den Polizeigewerkschaften:**

Anfang März trafen sich die Innenpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einem Gespräch mit verschiedenen Vertretern der Polizeigewerkschaften. Mit dabei waren unter anderem auch der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, und der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (Bundespolizei), Andreas Roßkopf. Die Gewerkschaftler und die Politiker diskutierten sowohl über allgemeine sicherheitspolitische Themen als auch ganz konkret über die von der Ampel-Koalition geplanten Änderungen zum Beamten- und Disziplinarrecht. Deutliche Kritik gab es vonseiten der Gewerkschaften zu der im aktuellen Gesetzentwurf vorgesehenen Regelung, wonach die Disziplinarbehörden künftige sämtliche Disziplinarmaßnahmen, einschließlich der Zurückstufung und Entfernung aus dem Beamtenverhältnis, durch einfachen Erlass eines Verwaltungsaktes aussprechen können sollen. Derzeit müssen die Behörden in diesen Fällen das Gericht anrufen und Disziplinaranzeige erheben, wenn sie einen Beamten aus dem Dienst entfernen oder zurückstufen möchten. „Auch wenn gegen die Verfügung im Anschluss gerichtlich vorgegangen werden kann, so greift der Gesetzentwurf ganz massiv in die Rechte der Beamtinnen und Beamten ein. Die Entfernung aus dem Dienst könnten dann Beamtinnen und Beamte aus der eigenen Behörde verfügen ohne dass ein Richter oder ein anderer Jurist hier drüber geschaut hat. Die von der Ampel angestrebte Verkürzung der Verfahrensdauer wird auch nicht eintreten: Denn es ist zu erwarten, dass in fast allen Fällen gegen die Verfügungen vorgegangen wird“, merkte Silke Launert an, die ebenfalls an dem Gespräch teilnahm.



## Bundestag gedenkt der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz

**Berlin.** Mehr als eine Million der insgesamt sechs Millionen von den Nationalsozialisten ermordeten Jüdinnen und Juden fand den Tod in dem Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz. Am 27. Januar 1945 wurde das Lager von den Alliierten befreit. Ein Tag, an welchen der Deutsche Bundestag auch in diesem Jahr wieder erinnert hat. Sie habe nicht vergessen, wie schlimm es sei, sich verleugnen und verstecken zu müssen, sagte die niederländische Tochter von Holocaust-Opfern, Rozette Kats, auf der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal. „Jeder Mensch, der damals verfolgt wurde, verdient achtungsvolle Erinnerung“, so die Holocaust-Überlebende und hob des Weiteren hervor, dass jeder Mensch, der heute verfolgt werde, Anspruch auf unsere Anerkennung und unseren Schutz habe. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert nahm an der Gedenkveranstaltung teil: **„Wir dürfen die Opfer niemals vergessen. Wie der ehemalige Auschwitz-Häftling Primo Levi es auf den Punkt gebracht hat: Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen.“**



Foto: Deutscher Bundestag / Leon Kügeler / photothek

## Deutschland und Frankreich feiern 60 Jahre Élysée-Vertrag



**Berlin.** Sechs Jahrzehnte ist es her, dass der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle den Élysée -Vertrag unterzeichneten. 18 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stellte der Vertrag, welcher die Partnerschaft der einst verfeindeten Nachbarländer besiegelte, einen Meilenstein in der Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen dar. Anlässlich dieses besonderen Jubiläums trafen sich am 22. Januar, dem Tag der Unterzeichnung, Delegationen der Assemblée nationale und des Deutschen Bundestags in der

französischen Hauptstadt. „Der Élysée-Vertrag war der Beginn der deutsch-französischen Freundschaft sowie eine europäische Erfolgsgeschichte für Versöhnung und Zusammenarbeit. Gerade in diesen Zeiten ist es wichtig, mit unserem französischen Partner zusammenzuarbeiten und unsere Beziehungen auch in Zukunft weiter zu stärken!“, betonte die Bayreuther Bundestagsabgeordnete, welche als stellvertretendes Mitglied der Deutsch-Französischen Versammlung angehört.

## Anerkennung und Gedenken an den Völkermord an den Jesiden

**Berlin.** Der Deutsche Bundestag hat zu Beginn des neuen Jahres die Verbrechen des sogenannten Islamischen Staates (IS) gegen die Gemeinschaft der Jesiden als Völkermord anerkannt. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier folgen damit der rechtlichen Bewertung des Sonderermittlungsteams der Vereinten Nationen (UNITAD). Tausende Jesidinnen und Jesiden waren durch den IS verschleppt, vergewaltigt, versklavt und ermordet worden. Die Anerkennung des Völkermordes sei wesentlicher Teil der Aufarbeitung der Verbrechen, ein wichtiges Signal im Hinblick auf die von den Opfern geforderte Gerechtigkeit und somit Teil eines möglichen Beginns des Versöhnungsprozesses der Jesiden mit weiteren religiösen und ethnischen Minderheiten sowie der muslimischen Mehrheitsbevölkerung, heißt es hierzu vonseiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Klausurtagung der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

**Berlin.** Mit viel Elan und Motivation startete die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ins neue Jahr. Gemeinsam diskutierten die Mitglieder der Parlamentariergruppe auf ihrer Klausurtagung, die in der bayerischen Landesvertretung stattfand, über aktuelle Themen und Herausforderungen in der Aussiedlerpolitik. Hierzu hatten sie sich den Politischen Koordinator der CDU Deutschland, Dr. Markus Kerber, sowie den Generalsekretär der CDU, Mario Czaja, eingeladen. Kerber referierte zu dem Thema „Die

programmatische Erneuerung der CDU: Bilanz und Chancen der Heimatpolitik“ und ging im Rahmen seines Vortrages auch auf die Themen „erfolgreiche Migration und Integration“ sowie „erfolgreiche Infrastruktur“ ein. Czaja widmete sich dem Thema „zukünftige Ausrichtung der Aussiedlerpolitik“. Ein gewinnbringender Austausch, welcher der Gruppe viele Anregungen für die kommenden Monate geliefert hat, waren sich die Abgeordneten zum Abschluss ihrer Klausurtagung einig.



## CSU-Klausurtagung in Seeon



**Seeon/Berlin.** Auch dieses Jahr startete die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag wieder mit ihrer alljährlichen Klausurtagung ins neue Jahr. Erstmals seit Ausbruch der Corona-Pandemie konnten die Bundestagsabgeordneten der CSU dabei wieder vor malerischer Kulisse in Kloster Seeon tagen. Eingeladen hatte sich die Landesgruppe neben dem bayerischen Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden Dr. Markus Söder sowie dem hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein auch die Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola, den Ökonom und früheren Vorsitzenden der Wirtschaftsweisen Prof. Dr. Lars Feld, den Terrorismusforscher Prof. Peter Neumann sowie Carlo Masala, Professor an der Bundeswehr-Universität München, den 50hertz-CEO Stefan Kapferer, den Vorstandsvorsitzenden der RWE AG Dr. Markus Krebber und die Ministerpräsidentin der Republik Moldau, Natalia Gavrilita.

**Deutliche Kritik an der Bundesregierung:** Gleich zu Beginn attackierten der Landesgruppenvorsitzende Alexander Dorbindt und der CSU-Vorsitzende Markus Söder mit deutlichen Worten die amtierende Ampel-Regierung. Die CSU-Landesgruppe sei das Gegenmodell zum Tiki-Taka der Ampel, so Söder. Auch in Bezug auf die Silvester-Krawalle, die ihren Schwerpunkt vor allem in der Hauptstadt hatten, sparten die beiden nicht an Kritik.

„Der Senat in Berlin schafft es nicht einmal, Wahlen zu organisieren. Wie soll er dann ernsthaft die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger organisieren?“, so Söder. Dobrindt verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass es keine Integrationsdebatte, sondern eine Rechtsstaatsdebatte brauche.

**Ukraine-Konflikt:** Einen großen Raum auf der zweitägigen Tagung nahm auch das Thema Ukraine-Konflikt ein. Die Landesgruppe forderte eine stärkere Unterstützung des von Russland angegriffenen Landes und insoweit auch die Lieferung von Leopard-Kampfpanzern. Die Bundestagsabgeordneten kritisierten in diesem Kontext die zögerliche Haltung der Bundesregierung. Der „Marder“ komme viel zu spät. Im Zentrum der Kritik stand auch (die zu diesem Zeitpunkt noch amtierende) Verteidigungsministerin Christine Lambrecht. Die Verteidigungsministerin sei mit ihrer Aufgabe „schlicht und einfach überfordert und zwar von vorne bis hinten“, so Söder. Im Hinblick auf die von Kanzler Scholz angekündigte „Zeitenwende“ in der Verteidigungspolitik bescheinigte Carlo Masala, Professor an der Bundeswehr-Universität München, dass diese „noch nicht im Ansatz“ vollzogen sei. Masala merkte zudem an, dass Russland wolle, dass der Westen müde werde. „Der Krieg ist erst vorbei, wenn Russland die ukrainische Territorien verlässt“, so der Verteidigungsexperte.

**Atomkraft:** Mit dem Direktor des Walter Eucken Instituts und Professor für Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomie Prof. Dr. Lars Feld diskutierte die Landesgruppe außerdem über die wirtschaftliche Entwicklung und die Frage, wie der Inflation wirksam begegnet werden könne. Feld plädierte für einen Weiterbetrieb der noch aktiven Atommeiler für mehrere Jahre und unterstützte damit die Forderung der CSU, die Meiler noch länger als bis zum 24. April dieses Jahres am Netz zu lassen.

**Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates:** Darüber hinaus stand auch das Thema Sicherheit auf der Agenda der Klausurtagung. Es gebe unterschiedliche Formen von Terrorismus, von Bedrohungen aus dem Ausland und dem Inland, so der Landesgruppenvorsitzende und erwähnte dabei auch die Bedrohung durch „Reichsbürger“. Die Koordinierung all dieser Sicherheitsthemen in Deutschland sei nicht ausreichend organisiert. Vor diesem Hintergrund fordern die CSU-Bundestagsabgeordneten die Einrichtung eines nationalen Sicherheitsrates, welcher all diese Themen bündele und die Bundesregierung berate. Deutschland sei das einzige Land der G7-Gruppe, das keinen nationalen Sicherheitsrat habe, das glaube, sich leisten zu können, dass verschiedene Ministerien unterschiedliche Politiken verfolgten, kritisierte der Terrorismusforscher Prof. Peter Neumann.



**Abschlusspapier der Landesgruppe:** Gemeinsam verabschiedeten die Bundestagsabgeordneten der CSU überdies ein Abschlusspapier, welches die Kernforderungen der Landesgruppe festhält. In diesem setzt sich die CSU-Landesgruppe unter anderem für eine **Regionalisierung**

**der Erbschaftssteuer und Erhöhung der Freibeträge aus.** Aufgrund von Wertsteigerungen bei Immobilien in den letzten zehn Jahren um bis zu 65 Prozent möchte die CSU die Freibeträge **für Ehegatten und Lebenspartner auf 825.000 Euro, für Kinder auf 660.000 Euro und für**

**Enkelkinder auf 330.000 Euro anheben.** Eine der Kernforderungen ist zudem die nach der **Einführung eines Baukindergeldes 2.** Ferner plädieren die Christsozialen für die **Einführung eines Inflationsausgleiches bei der Einkommenssteuer** und eine **Erhöhung des Entlastungsbeitrages für Alleinerziehende auf 5.000 Euro.** **Kinderbetreuungskosten sollen bis zu einer Höhe von 6.000 Euro vollständig absetzbar gemacht werden.**

Des Weiteren fordert die CSU eine **Deckelung der Unternehmenssteuer auf 25 Prozent** bezogen auf die Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, ein **Turbo-Abschreibungsprogramm**, die **Stärkung der Krankenhäuser auf dem Land**, einen **Kindergesundheitstgipfel** sowie die **Einführung einer kostenlosen Meisterausbildung.**

**Hinweis:** Wer sich genauer über die Beschlüsse der CSU-Landesgruppe informieren möchte, kann das Abschlusspapier unter folgendem Link abrufen: <https://bit.ly/41TVeYX>



## Unionsfraktion fordert Stärkung der beruflichen Bildung



**Berlin.** Ein Thema, an welchem mittlerweile keine Branche mehr vorbeikommt: Der Fachkräftemangel. Bereits seit Jahren ist ein Rückgang an Auszubildenden im dualen Ausbildungssystem zu beobachten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sieht die maßgeblichen Gründe für diese Entwicklung insbesondere im demographischen Wandel sowie in der Verlagerung der Ausbildung in den akademischen Bereich, befördert durch die Möglichkeit eines Bachelor-Abschlusses nach drei Jahren und die Vorstellung einer Zweitklassigkeit der beruflichen Ausbildung gegenüber der akademischen Ausbildung. Um dem Fachkräftemangel heute wie künftig wirksam zu begegnen, müsse die Attraktivität der beruflichen Bildung wie auch die Passfähigkeit zwischen Ausbildungsplatzbewerbern und Ausbildungsbetrieben gestärkt werden, fordern CDU und CSU. Die Fraktion hat unter Berücksichtigung dieser Faktoren ein Gesamtkonzept entwickelt, das an mehreren Stellen gleichzeitig ansetzt. Der Vorschlag basiert dabei auf zwei zentralen Säulen:

Zum einen setzt er auf die Stärkung und den weiteren Ausbau der Berufsorientierung. Gefordert werden insoweit insbesondere die Verknüpfung digitaler Angebote der Berufsorientierung mit bestehenden Lernplattformen, die Verbesserung des „Matching“ zwischen Bewerber und passendem Ausbildungsplatz durch Künstliche Intelligenz sowie eine transparente Bildungsberatung aus einem Guss. Erforderlich sei zudem die Verrechtlichung des Deutschen Qualifikationsrahmens. Zum Hintergrund: Der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) ordnet Bildungsabschlüsse in ein transparentes Stufensystem ein und macht sie so vergleichbar.

**„Die berufliche Bildung ist ein wesentliches Standbein unseres starken deutschen Mittelstandes. Wir müssen daher alles daran setzen, dass das Bewusstsein hierfür weiter gestärkt und die Attraktivität gesteigert wird“,** betont auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert, welche als Haushaltspolitikerin für den Bereich „Arbeit und Soziales“ zuständig ist.

## „Den meisten ist nicht bekannt, wie streng unser Waffenrecht bereits nach jetziger Gesetzeslage ist“ - Bundestagsabgeordnete Silke Launert diskutiert mit Schützen und Reservisten zum Thema „Verschärfung des Waffenrechts“



**Bayreuth.** Die Resonanz war groß: Fast 60 Interessierte nahmen am Mittwochabend an der Videokonferenz zu dem Thema „Verschärfung des Waffenrechts“ teil, zu welcher die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Dr. Silke Launert eingeladen hatte. In den vergangenen Wochen waren zahlreiche Schützen an die Abgeordnete herantreten und hatten die von der Ampel-Regierung geplante Verschärfung des Waffenrechts kritisiert. „Ich möchte mir gerne selbst einen umfassenden Überblick über die Thematik verschaffen und mit Ihnen, die Sie von der geplanten Verschärfung Regelungen betroffen sind, ins Gespräch kommen“, so die Abgeordnete zum Auftakt der Video- schalte.

Die meisten Menschen wüssten nicht, welche strengen gesetzlichen Voraussetzungen bereits jetzt erfüllt werden müssten, um eine Waffe besitzen zu dürfen beziehungsweise den Kleinen Waffenschein zu erhalten, stellten gleich zu Beginn mehrere Teilnehmer heraus. Dieses Nichtwissen würde dazu führen, dass Sportschützen mit großer Skepsis begegnet werde. Dabei habe Deutschland eines der strengsten Waffengesetze der Welt. Alles sei exakt reglementiert. Wer im Besitz einer Waffe sei, werde in regelmäßigen Abständen kontrolliert, es gebe insbesondere strenge Vorgaben für die Aufbewahrung und den Transport, bestätigten gleich mehrere Teilnehmer. Das Problem, so war sich die Runde einig, seien nicht diejenigen, die

legal im Besitz einer Waffe seien, sondern diejenigen, die sich illegal Waffen beschaffen würden. Man verstehe, dass der Waffenbesitz rechtlich reglementiert werden müsse und erfülle auch sehr gerne alle gesetzlichen Voraussetzungen, wolle aber nicht in einen Topf geworfen werden mit Reichsbürgern, so ein Teilnehmer. Diese würden ohnehin bereits nach derzeitigem Gesetzesstand keine Erlaubnis zum Besitz einer Waffe erhalten. Der Staat solle sich, anstatt diejenigen, die legal eine Waffe erwerben und sich an die Regeln halten würden, besser darauf konzentrieren, den illegalen Waffenhandel zu bekämpfen. Dieser stelle das eigentliche Problem dar.

Der Appell der Teilnehmer Richtung Politik war eindeutig: Es gebe allenfalls ein Vollzugs-, aber sicherlich kein Regelungsdefizit. Zudem, so ein Schütze, müsse man sich die Frage stellen, wer die zusätzlichen Kontrollen, welche die geplante Verschärfung mit sich brächte, denn durchführen solle. Die Landratsämter kämen bereits jetzt an ihre Grenzen. Ein Gesetz, das am Ende nicht durchgesetzt werden könne, sei „ein zahnloser Tiger“. „Die Innenministerin schießt übers Ziel hinaus“, so das Urteil eines weiteren Teilnehmers. Dem stimmte auch Silke Launert zu. „Was die Innenministerin an dieser Stelle betreibt, ist Symbolpolitik“, so die Abgeordnete.

Ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt zielte auf die vorgesehenen Einschränkungen für Gastschützen. Die Anwerbung

von Neumitgliedern würde massiv beeinträchtigt. Auch die Jugendarbeit würde durch die Verschärfung „mit einem Federstrich zunichte gemacht“, so ein Teilnehmer. In Bezug auf die geplante Vorlage eines amts- oder fachärztlichen oder fachpsychologischen Zeugnisses für alle Personen, die erstmalig eine waffenrechtliche Erlaubnis beantragen (bislang nur verpflichtend für unter 25-Jährige), wurde angemerkt, dass es wichtig sei, bei psychischen Erkrankungen genau zu differenzieren. Erkrankungen, wie etwa Burnout, bei denen keine Fremd-, sondern allenfalls eine Eigengefährdung vorliege, dürften nicht zum Ausschluss führen. Zudem sahen einige Teilnehmer Probleme im Hinblick auf die ärztliche Schweigepflicht. Ferner wurde angemerkt, dass auch im Falle von Fahrzeugführern im Straßenverkehr nicht generell von vornherein, sondern erst bei konkretem Anlass, eine MPU erforderlich sei.

Zum Abschluss der fast zweieinhalbstündigen Debatte bedankten sich die Sportschützen und Reservisten bei Silke Launert dafür, dass sie sich die Zeit genommen und sich die Argumente angehört habe. Auch die Abgeordnete dankte den Teilnehmern für ihre offenen Worte und versprach, die von ihnen angeführten Punkte mit nach Berlin zu nehmen und aus der Opposition heraus Druck auf die Ampel-Koalition zu machen.



## „Schnelle und niedrigschwellige Hilfe ist essentiell“ - Austausch mit dem bayerischen Gesundheits- und Pflegeminister zum Thema „psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen“



Im Bild v.l.: Dr. med. Uwe-Jens Gerhard (Chefarzt der Kinder- und Jugendpsychiatrie), Franc Dierl (Landtagskandidat der CSU 2023), Katja Bittner (Vorstand GeBO), Staatsminister für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek, Oberbürgermeister Thomas Ebersberger, Henry Schramm (Bezirkstagspräsident), Silke Launert MdB, Prof. Dr. med. habil. Thomas W. Kallert (Ärztlicher Leiter), Dr. Stefan Specht (Bezirkstagsvizepräsident, Fraktionsvorsitzender der CSU im Bayreuther Stadtrat)

**Bayreuth.** Der Bedarf ist immens, das Angebot an Therapieplätzen reicht hingegen gegenwärtig nicht aus – die Folge: monatelanges Warten. Für viele der jungen Patientinnen und Patienten ist diese Situation angesichts ihres schlechten Zustandes nur schwer auszuhalten. Schon vor Ausbruch der Corona-Pandemie mussten viele psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche monatelang auf einen Therapieplatz warten. Die Pandemie habe nun noch einmal als „Brandbeschleuniger“ gewirkt und zu einem dramatischen Anstieg der Erkrankungen bei einem ohnehin bereits deutlich zu geringen Therapieplatzangebot geführt, so die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, auf deren Einladung hin am vergangenen Freitag ein Austausch zwischen dem bayerischen Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek, den Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken sowie politischen Vertretern über die bestehenden Probleme und Chancen im Bereich der medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen stattfand. Vonseiten der Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken (GeBO) nahmen Katja Bittner, Mitglied des Vorstandes der GeBO, der Leitende Ärztliche Direktor, Prof. Dr. med. habil. Thomas W. Kallert, sowie der Chefarzt der Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik des Kindes- und Jugendalters, Dr. med. Uwe-Jens Gerhard teil. Auf politischer Seite waren der Bezirkstagspräsident Henry Schramm, sein Stellvertreter und Fraktionsvorsitzender im Stadtrat, Dr. Stefan Specht, der Oberbürgermeister der Stadt Bayreuth, Thomas Ebersberger sowie der Landtagskandidat der CSU für 2023, Franc Dierl, anwesend. „Wir müssen alles dafür tun, um die Versorgungssituation für Kinder und Jugendliche mit psychischem Hilfebedarf weiter zu verbessern, um den Betroffenen bestmöglich zu helfen“, so die klare Ansage von Staatsminister Klaus Holetschek im Anschluss an die interne Gesprächsrunde. „Immer mehr Menschen nehmen bei psychischen Problemen professionelle Hilfe in Anspruch. Das ist – insbesondere auch im Sinne der weiteren Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen – sehr zu begrüßen.“ Es brauche kürzere Wartezeiten und weitere bedarfsgerechte Therapieangebote. Um dies zu erreichen, müssten beispielsweise ambulante und stationäre Angebote noch besser vernetzt werden, führte der Gesundheits- und Pflegeminister in diesem Zusammenhang aus. Der Minister unterstrich: „Wir treiben in Bayern den Ausbau der voll- und teilstationären Angebote in der Erwachsenen- und in der Kinder- und Jugendpsychiatrie konsequent voran.“ Holetschek ergänzte: „**Menschen in psychischen Notlagen sowie ihre Angehörigen können sich in Bayern zudem rund um die Uhr an die Krisendienste wenden (kostenlose Rufnummer: 0800/655 3000). Mit den Krisendiensten setzen wir ein wichtiges Zeichen und deutschlandweit Maßstäbe! (www.krisendienste.bayern.de)**“

Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert hob hervor, dass es im Bedarfsfall immens wichtig sei, dass Kinder und Jugendliche niedrigschwellig, fachkompetent und vor allem so schnell wie möglich Unterstützung erhielten, damit sich gegebenenfalls eine psychische Erkrankung nicht weiter verfestigte. Die Gesprächsteilnehmer waren sich vor diesem Hintergrund einig, dass „an mehreren Stellschrauben gleichzeitig“ angesetzt werden müsse.

Einen wesentlichen Ansatzpunkt sahen die Diskutanten in der **baulichen Erweiterung der stationären Behandlung**. Mit dem Neubau für die Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik des Kindes- und Jugendalters am Bezirkskrankenhaus Bayreuth gehe man insoweit einen zentralen Schritt in die richtige Richtung. Anstatt der bisherigen 38 Plätze im Altbau werde es dann 60 stationäre und 14 tagesklinische Plätze geben, so Bezirkstagspräsident Henry Schramm. Baubeginn soll im kommenden Jahr sein. 45 Millionen Euro kostet das Projekt insgesamt, von denen 29 Millionen vom Freistaat bereitgestellt werden.

Darüber hinaus sei es aber auch wichtig, ambulante Behandlungsformen zu stärken sowie niedrigschwellige Hilfen, etwa in Schulen, anzubieten, hob Katja Bittner hervor und kam in diesem Kontext auf die zweite Stellschraube, die **Gewinnung von Fachkräften**, zu sprechen. Die immense Herausforderung ergebe sich insoweit unter anderem aus der gesunkenen Attraktivität der Pflegeberufe, dem Ausscheiden einer geburtenstarken Generation aus dem Berufsleben wie auch aus der Anzahl der Studienplätze und der engen Zulassungsvoraussetzungen für ein Studium im Bereich der Medizin. „Irgendwo muss man immer anfangen, wenn man weiterkommen will“, weiß Bezirkstagspräsident Henry Schramm. Der Bezirk Oberfranken bediene die hohe Nachfrage unter anderem auch durch Investitionen in die Ausbildung von Fachkräften. Der Leitende Ärztliche Direktor der GeBO, Prof. Kallert, ergänzte, dass man über den Medizincampus Oberfranken auch für die Psychiatrie junge Ärzte gewinnen wolle.



„Die Ausbildung und Arbeit der medizinischen Fachkräfte soll am Krankenbett stattfinden und nicht am Laptop“, fügte Kallert in Bezug auf die dritte große Stellschraube an: den **Bürokratieabbau**. Die Schere zwischen der durch die Bedarfsplanung deklarierten Über- oder Regelversorgung und die Wahrnehmung der zu versorgenden Menschen müsse zusammengeführt werden. Wichtig sei hierbei, betonte Staatsminister Holetschek, dass die Selbstverwaltung, insbesondere der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA), seine Regelungen der Realität anpasse. „Wir müssen Strukturen schaffen, die es ermöglichen, den Kindern, die unsere Hilfe brauchen, auch wirklich helfen zu können“, so der bayerische Staatsminister. In vielen Bereichen sind sich die Minister der Länder bundesweit einig und tragen die Anliegen im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz immer wieder an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach heran. Staatsminister Holetschek und die Bundesagentur für Arbeit laden gemeinsam zu einem Runden Tisch zum Thema „Arbeitsbedingungen in der Pflege“ ein, bei dem diskutiert werden soll, wie der Personalbedarf in der Pflege langfristig gesichert werden kann.

Franc Dierl und Stefan Specht nehmen aus dem Gespräch eine positive Grundstimmung mit. Die „Herkules-Aufgabe“ der Politik sei es, so Dierl, die Rahmenbedingungen zu verbessern, sodass bereits bei Anzeichen von psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen frühzeitig eingegriffen und somit Langzeitfolgen im Leben der Betroffenen verhindert werden können. Chefarzt Uwe-Jens Gerhard, der als Arzt in unmittelbarem Patientenkontakt steht, bedankt sich bei der Bundestagsabgeordneten Silke Launert für die thematische Initiative und freut sich auf die weitere Umsetzung der Forderungen. „Es gibt noch einiges zu tun, aber wir befinden uns auf dem richtigen Weg“, resümierte Launert am Ende des Austausches.

## Launerts Menschen – Christian Hetz



Das Ehrenamt ist wichtig in unserem Land. Ich bin beeindruckt von den vielen Menschen, die sich für unsere Gemeinschaft engagieren. In der heutigen Zeit finden sich leider immer weniger Menschen, die sich zum Beispiel in Vereinen einsetzen. Viele suchen deshalb händeringend Nachwuchs. Beim vergangenen Kirschenfest in Pretzfeld durfte ich tolle Musiker kennenlernen, die den Gästen schöne Stunden mit ihrer Musik bereitet haben. Wie machen die das mit den Nachwuchs? Ich habe ich mich mal mit dem Vorsitzenden des Musikvereins Pretzfeld, Christian Hetz, unterhalten.

### Sag mal, warum ist die Musik so wichtig für die Menschen?

*Christian Hetz:* Musik ist immer mit Emotionen verbunden, wo Musik gemacht wird oder, erklingt kommen Menschen zusammen und erleben gemeinsam schöne Momente. Musik begleitet uns in allen Lebenslagen, in freudigen, lustigen, nachdenklichen aber auch traurigen Phasen unseres Lebens.

### Welches Instrument spielst Du eigentlich und wie kamst Du dazu?

*Christian Hetz:* Ich spiele Tenorsaxophon, habe allerdings im Alter von neun Jahren mit Klarinette begonnen. Über einen Aufruf unseres Vereins habe ich einen „Schnuppertag“ besucht, an dem man verschiedene Instrumente ausprobieren

konnte. Zusammen mit meinem Bruder und ein paar Freunden haben wir uns dann entschieden, mit dem Musikspielen anzufangen. Im Alter von 15 Jahren bin ich dann auf Tenorsaxophon umgestiegen.

### Was gibt Dir das Musizieren im Verein?

*Christian Hetz:* Gute Laune, denn die Freude und der Spaß an der Musik stehen im Vordergrund. Es ist ein Ausgleich zum Berufsalltag. Gemeinsam mit meinen Vereinskollegen zu musizieren ist ein ganz anderes Erlebnis, als alleine zu Hause zu spielen. Die Gemeinschaft im Verein und das soziale Miteinander motiviert immer wieder aufs Neue. Und man kommt als Musiker im Musikverein viel herum und lernt eine Menge Leute kennen. Außerdem ist es schön, das Gefühl Tradition und Kultur zu erleben und zu leben. Als Musiker können wir aktiv mitgestalten.

### Was macht Euren Verein so aus und wo und wie oft probt Ihr eigentlich?

*Christian Hetz:* Unsere Probe findet jeden Montag um 19:30 Uhr im Vereinsheim in Hagenbach statt. Den Musikverein Pretzfeld zeichnet aus, dass wir eine Gruppe mit vielen jungen Menschen sind. Wir haben den Anspruch mit unserer Musik möglichst viele Menschen anzusprechen, sodass wir sowohl traditionelle Blasmusik, aber auch viele moderne Stücke spielen. Wir sind zudem ein aufgeschlossener Verein, in dem jeder herzlich willkommen ist. Jedes Mitglied kann seine Ideen und Vorschläge einbringen, die wir gerne offen mit allen diskutieren.

### Ihr zieht Euch ja Euren Nachwuchs heran. Erzähl doch mal, was Ihr da macht?

*Christian Hetz:* Wir unterstützen Projekte, die es den Kindern ermöglichen, erste Erfahrungen mit einem Blasinstrument zu machen. In unserer Ortschaft sind das der Blockflötenunterricht der Musikschule Ebermannstadt und die Bläserklassen der Grundschule Pretzfeld. Als Anschluss bieten wir ein Junior- und Schülerorchester, sodass unsere Jungmusiker bereits während der Ausbildung immer die Möglichkeit haben, gemeinsam in der Gruppe zu musizieren. In der Ausbildung arbeiten wir mit der Musikschule Ebermannstadt zusammen, deren professionelle Musiklehrer ein großer Gewinn für unsere Nachwuchsarbeit sind. Wir organisieren zudem gemeinsame Aktivitäten mit den Kindern und Jugendlichen und kümmern uns um Auftritte, sodass sie die Möglichkeit haben, ihr Erlerntes an Veranstaltungen in der Ortschaft vor Publikum zu präsentieren.

### Kann man eigentlich in jedem Alter ein Instrument erlernen?

*Christian Hetz:* Im Kindesalter ist es sicherlich am einfachsten, aber auch als Erwachsener ist es möglich, wie das bereits Lehrer in der Grundschule Pretzfeld gezeigt haben, die neben ihren Schüler in der Bläserklasse ein Instrument erlernen haben. Jeder, der ein Instrument erlernen möchte, ist bei uns herzlich willkommen.

### Zum Schluss noch:

#### Wann kann man Euch denn wo hören?

*Christian Hetz:* Aktuell finden die Terminvereinbarungen mit den Veranstaltern statt.

Der erste Auftritt findet am 1. Mai zum Florianstag der Freiwilligen Feuerwehr Pretzfeld statt. Es werden weitere Auftritte an Kirchweihfesten in der Umgebung folgen und ein Highlight ist sicherlich immer das Kirschenfest am Kellerwald in Pretzfeld. Wer sich über unsere Auftritte und Veranstaltungen informieren möchte, kann dies gerne über unserer Homepage [www.musikverein-pretzfeld.de](http://www.musikverein-pretzfeld.de) oder auf Instagram tun.

## Bayreuther Faschingsumzug – Narren trotzen dem miesen Wetter



**Bayreuth.** Sich die Stimmung durch schlechtes Wetter vermiesen lassen? Darüber können echte Närrinnen und Narren nur lachen! Und so feierten die Bayreuther freudestrahlend ihren Faschingsumzug auch bei weinendem Himmel. Angeführt vom Prinzenpaar Bianca I. und Heiko I. (Faschingsgesellschaft Schwarz-Weiss) zog der Umzug am Faschingssonntag mit 17 Wagen, zahlreichen Fußgruppen und mehr als 700 Teilnehmern von der Äußeren Badstraße über die Richard-Wagner-Straße bis hin zum Marktplatz, wo munter weitergefeiert wurde und die Faschingsgesellschaften zeigten, was sie in Sachen Tanz und Akrobatik so drauf haben. Die kleinen Narren erwartete zudem ein ganz besonderes Programm: Kostümpremierung, tolle Preise und Schausteller versüßten den Kleinen den Nachmittag. Aber nicht nur für die

Kleinen, auch für die Großen gab es an diesem Tag ausreichend zu Naschen! Popcorn, Karamellbonbons und Schokolade – keiner sollte leer ausgehen!

Auch die CSU-Bayreuth war mit am Start und verteilte vor Beginn des Umzuges am Reichshof – bei noch trockenem Wetter – Luftballons und Süßigkeiten an Groß und Klein. „Heute haben die Bayreuther mal wieder bewiesen: Gute Laune kommt von innen! Herzlichen Dank auch an die Organisatoren und Mitwirkenden des Faschingsumzuges! Sensationelle Arbeit, die ihr da geleistet habt!“, bedankt sich die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Stadträtin Silke Launert zum Abschluss des närrischen Treibens.



## Bayreuth HexHex! Bayreuther Hexen laden zum Fasching



**Bayreuth.** Unter dem Motto „Mythen der Antike“ feierten die Bayreuther Hexen zusammen mit zahlreichen eingeladenen Gästen nach zweijähriger Corona-Pause endlich wieder ihren berühmt berüchtigten Hexenball. Für die Veranstaltung im Tagungszentrum des Studentenwerks in Bayreuth hatten sich die Bayreuther Hexen unter ihrer Präsidentin Gabi Galonska einiges einfallen lassen: Ausgefallene Kostüme, Tänze der Erwachsenen-Gruppen sowie abwechslungsreiche Showeinlagen der teilnehmenden Gastgesellschaften. Gewohnt souverän und unterhaltsam führte Radiomoderator Phil Funkfak die Närrinnen und Narren durch den bunten Abend. Genügend Zeit, um das eigene Tanzbein zu schwingen, blieb natürlich auch noch. „Tolle Stimmung, tolle Veranstaltung. Herzlichen Dank für die Einladung, liebe Bayreuther Hexen!“, bedankte sich Silke Launert, die ebenfalls mit bester Stimmung und in kreativer Verkleidung an dem Ball teilnahm.

## EBS AHA - Faschingsball in Ebermannstadt



**Ebermannstadt.** Nein, Zurückhaltung ist wahrlich nicht das Motto des Ebermannstädter Fasching - aber warum auch? Ausgelassen feierten Anfang Februar rund 1.000 Besucherinnen und Besucher die närrische Saison in der Stadthalle Ebermannstadt. Kreative Kostüme, ausgetüftelte Tanzeinlagen und vor allem viel gute Stimmung – so lässt sich der Faschingsball in wenigen Worten zusammenfassen. Bestens gelaunt und gewohnt unterhaltsam führte Sitzungspräsident Volker Hoeß die verkleideten Besucherinnen und Besucher durch den Abend. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert ließ sich die närrische Feier nicht entgehen: „Tanzen, tolle Leute, gute Laune, - was will man mehr?“

## Bayreuther Mohrenwäscher: Fasching für Menschen mit und ohne Handicap



**Bayreuth.** „Tanzen verbindet!“, ruft die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert begeistert, noch etwas außer Atem nach einer schwungvollen Tanzeinlage auf dem Parkett. Und tatsächlich: Tanzen eint! Ganz gleich, ob alt oder jung, ob groß oder klein, ob mit oder ohne Handicap: Bei der Prunksitzung der Faschingsgesellschaft „Bayreuther Mohrenwäscher“ ist jeder herzlich willkommen.

Schon seit vielen Jahren legt der Faschingsverein als Partner der Stadt Bayreuth im Rahmen seiner Arbeit einen besonderen Schwerpunkt auf die Teilhabe von Menschen mit Beeinträchti-

gungen. Inklusion heiße selbstverständliches „Dabei sein“, hin zu einem selbstbestimmten Leben für behinderte Menschen, so die Veranstalter. Schirmherr der diesjährigen Prunksitzung war Thomas Ebersberger, Oberbürgermeister der Stadt Bayreuth, der ganz offensichtlich viel Freude an der närrischen Veranstaltung hatte – ebenso wie die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Stadträtin Silke Launert, welche den Tag am Ende wie folgt zusammenfasste: „Eine super Feier mit tollen Showeinlagen! Herzlichen Dank an das gesamte Bayreuther Mohrenwäscher-Team!“



## „Bayern Pur“ beim Politischen Aschermittwoch der CSU in Passau



**Passau.** Er ist legendär: Der Politische Aschermittwoch in Passau. Wer sich auf deutliche Worte gefreut hatte, wurde auch in diesem Jahr nicht enttäuscht. Christsoziale aus ganz Bayern waren angereist, um sich bei leckeren bayerischen Schmankerl vom bayerischen Ministerpräsident ordentlich politisch einheizen zu lassen. Auch die CSU Bayreuth-Stadt samt ihrer Vorsitzenden Silke Launert war eigens morgen früh um 5 Uhr von Bayreuth aus nach Niederbayern aufgebrochen. Der Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Dr. Markus Söder ließ es sich in seiner rund eineinhalbstündigen Rede in der Passauer Dreiländerhalle dann auch nicht nehmen, politischen Klartext zu reden. **„Keine Schere im Kopf“**, sondern **„Sprechen aus Herz und Leidenschaft“**, so lautete das Motto Söders, das er gleich zu Beginn ausrief. Die CSU habe sich nach einem harten Jahr wieder nach oben gekämpft, so der CSU-Vorsitzende. Das Ziel sei klar: **„Wir wollen die Landtagswahlen im Herbst gewinnen“**.

**Verteidigungspolitik: „Zeitlupe statt Zeitwende“:** Kein Blatt vor den Mund nahm Söder auch in Bezug auf die Ampel-Koalition in Berlin. „Chaotisch“ sei das erste Jahr der amtierenden Regierung gewesen. Späte Entscheidungen, handwerkliche Fehler und Streit kennzeichneten das Bündnis von SPD, Grünen und FDP. Alle redeten von „Zeitwende“, tatsächlich aber sei „Zeitlupe“ wohl der treffendere Ausdruck, befand Söder in Bezug auf das „peinlichste Ampel-Kapitel“, die Verteidigungspolitik. Alles, was von der ausgerufenen „Zeitenwende“ übrig bleibe, seien lediglich 5.000 Helme. **„Nichts bestellt, nichts gekauft, nichts gemacht“**, fasste Söder die verteidigungspolitische Bilanz der Ampel-Koalitionäre zusammen. In Bezug auf die Ukraine stellte Söder unmissverständlich klar: **„Wir stehen zur Ukraine!“** Deutliche Kritik übte er an der grünen Außenministerin Annalena Baerbock: **„Herr Scholz, stoppen Sie Frau Baerbock mit ihren unbedachten Aussagen.“** Söder nahm insoweit Bezug auf Baerbocks Aussage vor einigen Wochen, dass Deutschland sich im Krieg mit Russland befände. **„Die Grünen sind ein Sicherheitsrisiko für unser Land“**, führte der CSU-Parteivorsitzende in diesem Zusammenhang weiter aus.

**Innen- und Migrationspolitik: „Ja“ zu Hilfe, „Nein“ zu illegaler Zuwanderung:** Auch die Innenpolitik wurde von Söder thematisiert. Bayern helfe gerne, aber man spüre derzeit auch die Grenzen der Machbarkeit. Die Ampel müsse endlich aufwachen, so der Appell Richtung Berlin. Bayern stehe zur Hilfe und Arbeitsmigration. Aber man sage auch klar „Nein“ zu Überforderung und „nein“ zur illegalen Zuwanderung nach Deutschland. Einen klaren Angriff gab es ferner auf die Ampel-Pläne zur Staatsangehörigkeit. **„Wer Deutscher werden will, muss Deutsch sprechen“**, forderte der bayerische Ministerpräsident. Die deutsche Staatsangehörigkeit sei die höchste Anerkennung des Staates. Die Spracherfordernisse abzusenken sei „Unsinn“, so Söder. Bayern sei deutscher Meister der Integration. **„Andere reden von Integration, wir machen sie“**. Im Gegensatz zu Berlin gäbe es in Bayern keine rechtsfreien Räume und man stehe zur Polizei. Es komme daher nicht von ungefähr, dass Bayern das sicherste Bundesland in Deutschland sei, fügte der CSU-Vorsitzende in diesem Kontext an.



**Energiepolitik: Ampel-Koalition hat kein Verständnis vom ländlichen Raum:** Die aktuelle Energiepolitik der Ampel offenbare ein mangelndes Verständnis von den ländlichen Räumen, hob Söder zudem hervor und forderte mehr Gleichheit bei den Unterstützungsleistungen des Staates. Die Hilfeleistungen für Haushalte und Betriebe, die mit Ölheizungen und Pellets heizten, sei immer noch nicht geklärt, so der an Berlin adressierte Vorwurf. Auch in Bezug auf die Atomkraft handelten die Ampel-Koalitionäre **„ohne Logik und Verstand“**. **„Wir müssen mehr tun. Wir müssen noch unabhängiger von Russland werden“**, stellte Bayerns Ministerpräsident heraus. Entgegen anderslautender Behauptungen sei Bayern absolute Spitze beim Ausbau erneuerbarer Energien: 25 Prozent des deutschlandweiten Ausbaus finde im Freistaat statt.

**Verkehrspolitik: Bayern steht für beides: Für den Ausbau des ÖPNV und für das Auto:** Ein klares Bekenntnis zum ländlichen Raum gab es auch in Bezug auf die Verkehrspolitik: **„Für uns ist der ländliche Raum Zukunftsraum.“** Man investiere in den ÖPNV, sei aber zugleich nicht gegen das Auto. **„Bayern ist Auto-Land“**. Hiervon hänge auch Deutschlands Wohlstand ab, stellte Söder fest.

**Landtagwahl im Visier:** Für die CSU gelte auch künftig das Motto: **„Leben und leben lassen.“** Dabei solle jeder „nach seiner Façon leben“. Politik mit Stil und Anstand, dafür stehe die CSU auch im Wahljahr 2023. Ein klares Nein gibt es von den Christsozialen hingegen zu grünen Umerziehungsplänen. **„Grün heißt Verbot. Grün heißt „nein“, „nein“, „nein“**. Zum Abschluss seiner Rede gab der bayerische Ministerpräsident noch einmal deutlich das Ziel für die Landtagwahl im Herbst aus: **„Der bayerische Himmel wird nicht grün, er soll weiß-blau bleiben!“**

## Kontakt nach ganz oben – Schüler funken mit ISS



**Bayreuth.** Es gibt Momente im Leben, die vergisst man nicht. Einen derartigen Augenblick erlebten die Schüler und Lehrer des Bayreuther Gymnasiums Christian-Ernestinum Mitte Februar: Sie hatten Funkkontakt mit einem Besatzungsmitglied der Internationalen Raumstation ISS. Seit August letzten Jahres hatte ein Team aus Schülern, Lehrern und Amateurfunkern auf ebendiesem Moment hingearbeitet. Als es dann am 14. Februar am späten Vormittag so weit war und die Schüler mit Kōichi Wakata, der sich als Mitglied des Teams „Japan Aerospace Exploration Agency“ auf der ISS befindet, sprachen, war die Freude bei allen Beteiligten riesengroß. Ein einmaliges Erlebnis, das ganz sicherlich

in die Historie der Schule eingehen wird. „Solange nur einer der Schüler und Schülerinnen durch so ein Projekt eine Leidenschaft entdeckt, hat es sich schon gelohnt!“, so Schulleiter Franz Eisenraut. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete war zu diesem besonderen Ereignis eingeladen worden: „Eine ganz tolle Aktion! Schön zu sehen, dass Lehrerinnen wie Birgit Reisner und Martina Schmidt-Kessel so viel Arbeit in solche Aktionen investieren, um Mädchen und Jungen für die MINT- Fächer zu begeistern!“

## Austausch mit dem Stadtjugendring zum Thema Jugendsozialarbeit

**Bayreuth.** Jugendsozialarbeit an Schulen – ein wichtiges Thema, findet der Stadtjugendring Bayreuth und hat sich hierzu Anfang Februar mit der Bayreuther Bundestagsabgeordneten und Stadträtin Silke Launert ausgetauscht. Die Abgeordnete hatte in der Vergangenheit bereits verschiedene Anträge bei Parteitag der CSU und der Frauen Union gestellt und mehr Unterstützung für diesen Bereich durch die Landesregierung gefordert. „Jeder Cent, den wir in diesen Bereich investieren, ist wichtig und vor allem gut angelegtes Geld in die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen. Wir können damit Probleme frühzeitig angehen, bevor sie zu großen, kostenintensiven Herausforderungen werden“, so Launert. Wichtig sei es zudem, die Einstellungsvoraussetzungen für Sozialpädagogen den realen Voraussetzungen anzupassen, fügt die CSU-Politikerin an. Speziell die Stellen der Jugendsozialarbeit würden zwar jetzt schon vom Freistaat bezuschusst, aber leider sei der Umfang immer noch zu gering. „Ziel muss es sein, eine Aufstockung der Stellen an der Luitpoldschule zu erreichen, sowie die Neueinrichtung an der Städtischen Wirtschaftsschule und der Alexander-von-Huboldt-Realschule. Das wollen wir für den nächsten Haushalt der Stadt 2024 in Angriff nehmen“, betonte Launert abschließend.





## Launerts Menschen – Volker Hoefß



Wir haben Faschingszeit und es gibt viele wunderbare Veranstaltungen in meinem Wahlkreis. Ich habe den Eindruck, dass die Menschen in diesem Jahr wieder viel mehr das Bedürfnis haben, gemeinsam zu feiern, zu lachen und sich zu freuen. Deshalb möchte ich diesmal mit Volker Hoefß sprechen. Er ist Sitzungspräsident des Elferrats Ebertmannstadt.

**Lieber Volker, erst einmal möchte ich mich für den Orden bedanken, den Du mir beim Faschingsball verliehen hast. Erzähl doch mal, welche Veranstaltungen der Elferrat in der Faschingszeit so auf die Beine stellt?**

*Volker Hoefß:* Liebe Silke, zuerst einmal sage ich Danke, dass Du auf unserem Ball warst. Meistens kommen Politiker/innen nur zur Prunksitzung. Der Elferrat stellt schon einiges auf die Beine. Angefangen bei der Prunksitzung, über Seniorenfasching, Kinderfasching, Jugendfasching, natürlich den großen Faschingsball und zum Abschluss dann der Umzug durch Ebertmannstadt mit Party auf dem Marktplatz. Je nach Länge des Faschings sind das dann sechs bis acht große Veranstaltungen, die der Elferrat durchführt.

**Das ist eine ganze Menge. Und wie finanziert Ihr das? Zum Beispiel die tolle Prunksitzung?**

*Volker Hoefß:* Ohne Spender und Sponsoren ist das nicht zu schaffen. Wir müssen für unsere Trainings und Veranstaltungen auch Hallen-Miete bezahlen, Security bereitstellen, Bühnentechnik auffahren. Das funktioniert nur mit Mitgliedsbeiträgen natürlich nicht. Wir freuen uns über jede Zuwendung. Insbesondere Unternehmen sind gerne als Sponsoren willkommen und dürfen auf den Veranstaltungen auch Werbung machen.

**Wie und wann kamst Du eigentlich zum Fasching? Und was sagt Deine Familie zu Deinem Engagement?**

*Volker Hoefß:* Angefangen hat es damit, dass meine Tochter vor etwa zehn Jahren in die Kindergarde kam. Von da an war die ganze Familie für den Elferrat begeistert. Seit 2017 bin ich Sitzungspräsident und für die Organisation und Moderation der Veranstaltungen im Verein zuständig. Das ist während der Faschingszeit eigentlich ein echter Vollzeit-Job, und wenn da nicht die ganze Familie dahintersteht,

würde das nicht funktionieren. Fast alle in der Familie, auch meine Schwester und Schwiegertöchter und -söhne in spe, sind selbst beim Elferrat aktiv, tanzen in den Garden, machen Büttchen, oder kümmern sich um Catering oder Frisuren und Make-Up.

**Ich habe mich bei Euch sehr wohl gefühlt. Was macht Euren Verein eigentlich aus?**

*Volker Hoefß:* Ich denke, dass der Elferrat ein tolles Wir-Gefühl bietet und die ganze Familie anspricht, wo jeder und jede sich völlig alters- und geschlechtsunabhängig und in vielen Bereichen einbringen kann. Der Elferrat bietet da so viele Möglichkeiten: vom Gardetanz, über Büttchen hin zu Veranstaltungsorganisation, Catering, Jugendarbeit. Jeder leistet seinen Beitrag und am Ende kommt eine großartige Veranstaltung dabei raus. Und ganz wichtig: wir sind tatsächlich das ganze Jahr aktiv und nicht nur vom 11.11. bis Aschermittwoch.

**Zum Schluss: Was machst Du eigentlich, wenn Du kein Sitzungspräsident bist?**

*Volker Hoefß:* Also ich habe tatsächlich auch einen ordentlichen Beruf ... und bin in der Geschäftsführung bei einem bekannten Bamberger Unternehmen. Aber meine Begeisterung für das Show Business ist schon sehr groß, deshalb stehe ich – wenn grade kein Fasching ist – auch noch als Musiker viel und gerne auf der Bühne.

## Neujahrsempfang des Bayerischen Ministerpräsidenten

**München.** Es ist einer der Höhepunkte des politisch-gesellschaftlichen Jahres in Bayern: der Neujahrsempfang von Bayerns Ministerpräsident Markus Söder in der Residenz. Nach zwei Jahren konnten Markus Söder und seine Frau Karin Baumüller-Söder wieder Vertreter aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens begrüßen. Unter den etwa 1800 prominenten Vertretern aus Kultur, Wirtschaft, Religion, Sport und Politik war auch die Bundestagsabgeordnete Silke Launert Gast beim Empfang in der Münchner Residenz. 2021 und 2022 war der Termin wegen Corona abgesagt worden. Aber auch 2011 war der Empfang schon einmal von Horst Seehofer aus Kostengründen gestrichen worden.

Doch das war vergessen und die elegant gekleideten Gäste freuten sich über die festliche Veranstaltung. „Es war so schön, wieder viele Bekannte zu treffen und sich so gut zu unterhalten“, freut sich Silke Launert und bewundert das Ehepaar Söder, das beim Defilee ihre Gäste persönlich begrüßte und viele Hände schütteln musste. „Ich bin gerne in München. Und so ein Anlass ist natürlich etwas Besonderes“, meint Silke Launert. Nach dem Defilee begrüßte der Ministerpräsident seine Gäste im Kaisersaal der Residenz. Danach fand in den Sälen der Neujahrsempfang statt. Ein Highlight für die Bundestagsabgeordnete war der Auftritt der Spider Murphy Gang.



## Tausende Wachslichter lassen Obertrubach bei Lichterprozession erstrahlen



**Obertrubach.** „Das Beten für Frieden ist angesichts der Ukraine-Krise mehr denn je wichtig“, sagt die Bundestagsabgeordnete Silke Launert und ist wieder einmal tief berührt von der Spiritualität und dem Lichterglanz zum Abschluss der Ewigen Anbetung in Obertrubach. „Deshalb komme ich auch gerne hierher: man kann sich auf das Wichtige im Leben besinnen und in der Gemeinschaft den Glauben le-

ben“, ergänzt Launert und freut sich, dass die Tradition der Lichterprozession nach der Ewigen Anbetung in Obertrubach noch durchgeführt wird. Sie hatte sich erklären lassen, dass dieser Brauch sich in Obertrubach bis ins Jahr 1886 zurückdatieren lässt: „Das ist beeindruckend. Respekt vor den ehrenamtlichen Organisatoren, die auch die über 6000 Wachslichter im Sommer anfertigen.“

Nach der letzten Betstunde in der vollbesetzten Pfarrkirche St. Laurentius stellten sich die Menschen zur Prozession auf. Dann ließ Vorbeter Markus Habermann erst einmal Ruhe einkehren. „Mit dieser Besinnlichkeit im Herzen begann der lange Prozessionszug“, erzählt die Bundestagsabgeordnete. Politiker und Vereinsvertreter mit ihren Fahnenabordnungen begleiteten die Gläubigen auf ihrem Weg. Pfarrer Florian Stark trug dabei das Allerheiligste unter einem Baldachin durch den Ort. „Diese Atmosphäre ist einmalig“, stellt Silke Launert fest. Besonders beeindruckt ist sie immer wieder vom Abschluss der Prozession mit der Fahnenparade vor dem Rathaus. Hier erhielten die fahnenschwenkenden Fahnenträger auch viel Applaus und die Jugendblaskapelle St. Laurentis spielte auf. „Schön, dass wir das wieder feiern durften, denn das ist für mich ein spiritueller Einstieg ins neue Jahr, der Kraft für die anfallende Arbeit gibt“, fasst Silke Launert zusammen.

## Ewige Anbetung und Stärke antrinken in Pottenstein



**Pottenstein.** „Schön war's in Pottenstein. Da ich aber am Dreikönigstag schon wieder zur Klausurtagung der CSU im Bundestag ins Kloster Seon musste, konnte ich leider nicht beim Lichterfest dabei sein“, sagt die Bundestagsabgeordnete Silke Launert und fügt hinzu, dass sie sich aber freue, dass sie an der Ewigen Anbetung und dem Stärke-Antrinken in Pottenstein am Vortag viele Freunde und nette Menschen hatte treffen können. „Ohne das Ehrenamt würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren“, stellt Launert fest und lobt das Engagement der Pottensteiner für das Brauchtum. „Traditionen sind wichtig, denn diese sind wie Wurzeln bei einem Baum“, meint die Bundestagsabgeordnete. Wurzeln müsse man pflegen, damit ein Baum wachsen und stark sein könne.

Beim Stärke-Antrinken wurde ein von Johannes Brütting extra gebrautes Bier gereicht: dem ersten Weidenloher Bock der Sägerbräu. „Das ist ein süffiges, würziges, kupferbraunes Bier, das ausschließlich aus regionalen Rohstoffen hergestellt wurde“, weiß Silke Launert jetzt. Regionalität ist ihr sehr wichtig: „Wir haben hier so viele tolle Produzenten, die ausgezeichnete Produkte herstellen.“ Die Bundestagsabgeordnete ist immer wieder begeistert, was sich die kreativen Hersteller in der Region einfallen lassen. „Und das noch in so hoher Qualität“, lobt sie. In Pottenstein konnte sie diese Qualität und das Engagement der Bürger direkt erleben. Und so fasst sie zusammen: „Das war für mich einmal mehr eine schöne Zeit hier im wunderschönen Pottenstein, mit interessanten und engagierten, netten Menschen und gemeinsamen Beten.“

## Neujahrsempfang der IHK für Oberfranken



**Bayreuth.** Beim Neujahrsempfang der Industrie- und Handelskammer (IHK) für Oberfranken stellte deren Präsident Michael Waasner klar, dass Oberfrankens Unternehmen vor großen Herausforderungen stehen. Man wolle diese aber mutig anpacken. „Ich habe den Eindruck, dass die oberfränkische Wirtschaft trotz aller Widrigkeiten tatkräftig ins neue Jahr startet“, meint die Bundestagsabgeordnete Silke Launert, die zu diesem Empfang eingeladen war. Sie gibt Waasner Recht, der vortrug, dass die Unternehmen vor enormen Herausforderungen stehen, aber viele Ideen haben, um diese anzupacken. „Ich besuche ja viele Firmen in der Region. Die Unternehmer tragen mir wohl ihre Sorgen und Probleme vor, aber ich spüre auch immer, dass sie nicht jammern, sondern nach Lösungen suchen“, stellt Launert fest und freut sich über die Kreativität der Unternehmer: „Ich bin da manchmal sehr überrascht, auf welche Ideen die Menschen hier kommen.“

Die Bundestagsabgeordnete sieht es wie Waasner: die heimische Wirtschaft habe darauf gehofft, nach der Pandemie wieder durchstarten zu können, doch der Ukrainekrieg habe das zunichte gemacht. „Die steigenden Rohstoff- und Energiepreise, Sanktionen und gestörte Lieferketten machen den Unternehmen Probleme“, erklärt Launert. Überrascht war sie über die Information, dass nach Schätzung der IHK Anfang der 2030er-Jahre auf zwei Personen, die in Ruhestand gehen, nur noch ein Berufsanfänger kommt. Die Kammer berechnete, dass von jetzt rund 17000 fehlenden Fachkräften, der Mangel auf 54000 steigen werde. Deshalb plant die IHK eine große, millionenschwere Kampagne im Ausbildungsbereich.

Gastredner beim Empfang war der Burgebracher Musik-Unternehmer Hans Thomann Junior. Er wollte bewusst nicht über Probleme sprechen, sondern trug vor: „Wir wollen die Welt für Musik begeistern und allen Menschen ermöglichen, die Sprache der Musik zu sprechen.“ Silke Launert musste schmunzeln, denn für ihre Rubrik „Launerts Menschen“ hatte sie erst mit dem Musiker und Vorsitzenden des Musikvereins Pretzfeld, Christian Hetz, gesprochen. Thomann berichtete, dass sein Unternehmen etwa 1,4 Milliarden Umsatz im Jahr macht. Sein Vater Hans Thomann Senior, ein begeisterter Trompeten-Spieler, hatte die Firma 1954 gegründet. Seitdem sei sie stetig gewachsen. Thomann Junior erzählte von seiner Kindheit im Betrieb. 1990 übernahm er dann die Geschäftsführung. Aktuell hat die Firma über 1500 Mitarbeiter. Weltweit gibt es zirka 16 Millionen Kunden. Hans Thoma erklärte, dass ihm eine gute und authentische Beratung der Kunden sehr wichtig sei. Beim anschließenden Empfang konnte Silke Launert noch viele schöne Gespräche mit Gästen führen und fasste zusammen: „Ein gelungener Abend!“



## Neujahrsempfang der CSU Pegnitz



**Pegnitz** – Das Gasthaus Ponfick in Pegnitz war voll besetzt beim Neujahrsempfang der CSU Pegnitz. Die CSU-Bundestagsabgeordnete Silke Launert hatte sich viel Zeit genommen, um in persönlichen Gesprächen auf die Sorgen der Menschen einzugehen. Zuvor hatte sie bereits in einem Vortrag die aktuellen politischen Themen umrissen. Was vielen Menschen Sorge bereitet, ist der Krieg in der Ukraine und die Auswirkungen auf jeden einzelnen von uns. „Das letzte Jahr war geprägt von vielen Herausforderungen. Wir dürfen aber trotzdem nicht vergessen, dass wir hier in Deutschland Frieden haben und in Freiheit leben können“, merkte Launert an. Trotzdem spüre jeder die Auswirkungen und Einschränkungen dieses Krieges. Der Ampel-Regierung warf sie vor, dass sie nicht schnell und weitreichend genug reagiert habe. Die Bundestagsabgeordnete befürchtet, dass sich Putin nicht so schnell geschlagen gebe, weshalb in diesem Fall Waffenlieferungen erlaubt seien.

Silke Launert ging auch auf die Ausschreitungen in der Silvesternacht in Berlin ein. Das Verhältnis dort zur Polizei sei durchaus ein anderes. Das musste ihr Partner am eigenen Leib erfahren. Denn er wurde von der Polizei überprüft, weil er dunkle Haare und einen dunklen Teint hat. „Da kann man nachvollziehen, wie sich Migranten fühlen, wenn sie grundlos kontrolliert werden. Aber man muss auch sagen, dass die Polizei halt nur ihre Aufgabe erledigt“, stellte Launert fest. Zur Migrationspolitik äußerte sie, dass den Geflüchteten aus der Ukraine natürlich geholfen werden müsse, auch wenn dadurch logistisch große Herausforderungen entstehen. Doch müssten diese Menschen dann auch hier mit anpacken, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. „Denn es ist schade, wenn die Erwartungshaltung an den Staat zu groß ist. Schließlich könnte ich auch nicht erwarten, dass ich als Migrantin zum Beispiel in den USA, gleich hochbezahlte Jobs als Richterin oder Abgeordnete angeboten

bekomme“, so Launert. Zur Atomenergie meinte sie, dass man nicht aussteigen könne, ohne eine Alternative zu haben: „In einer Krisensituation wie der aktuellen ist es wichtig, dass man zunächst pragmatisch und nicht ideologisch handelt.“ Viele Besucher stimmten dem zu und blieben noch lange, um sich mit Silke Launert persönlich zu unterhalten.

## Neujahrsempfang der CSU Heinersreuth



**Heinersreuth** – Im Kastaniengarten in Heinersreuth waren wieder einmal alle Plätze vergeben, denn die CSU Rotmaintal Ortsgruppe Heinersreuth hatte zum Neujahrsempfang eingeladen. Als Redner war der Bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek gekommen. Er durfte sich auch das eine oder andere Problem aus der Reihe der Besucher anhören. Zum Beispiel klagte die Leiterin einer Pflegeeinrichtung über Corona-Ausbrüche und sonstige Erkrankungen der Mitarbeiter und fragte, wer denn dann die Menschen pflegen solle. Eine Krankenschwester monierte, dass durch die vielen Dokumentationspflichten weniger Zeit für die Pflege bleibe. Holetschek antwortete, man solle nicht immer in Verantwortlichkeiten denken, müsse aber berücksichtigen, dass viele dieser Themen in Berlin entschieden würden. Es sei wichtig, dass die Umstände in der Pflege verbessert werden, dass aber auch pflegende Angehörige durch Hilfsmaßnahmen entlastet werden. Auch für die Bürokratisierung müsse wieder Maß und Ziel gefunden werden.

Doch nicht nur Probleme wurden bei dieser Veranstaltung angesprochen. Es wurden auch langjährige Mitarbeiter geehrt. „Die Ehrungen wurden wieder sehr schön geplant und durchgeführt“, lobte die CSU-Bundestagsabgeordnete Silke Launert und freute sich, dass Werner Kraupner für sein langjähriges Engagement und seinen ehrenamtlichen Einsatz für die CSU in der Vorstandschaft und im Gemeinderat den Titel „Ehrenvorsitzender“ erhalten hat und mit der CSU-Ehrenraute in Bronze ausgezeichnet wurde. Silke Launert freute sich auch, dass sie wieder viele Bekannte bei dem Termin getroffen hatte. Dass es auch vielen anderen Gästen gefallen hatte, sah man daran, dass nach dem gemeinsamen Mittagessen sich noch viele Besucher unterhielten und beisammen blieben.

## Mit Schwung ins neue Jahr: JU Bayreuth-Land, JU Fichtelberg und CSU Fichtelberg laden zum Neujahrsempfang



**Fichtelberg.** Neujahrsempfang mal anders: die JU Bayreuth-Land, die JU Fichtelberg und die CSU Fichtelberg „begingen“ im wahrsten Sinne des Wortes in Fichtelberg den alljährlichen Empfang zum neuen Jahr. Startpunkt der Tour war das Fichtelberger Rathaus. Unter der Führung des Fichtelberger Bürgermeisters Sebastian Voit besuchte die Gruppe zunächst einige ausgewählte Projekte der Gemeinde. Im Anschluss ging es weiter zum Bergwerk „Gleissinger Fels“, wo die eifrigen Wanderer eine kurze Führung durch das Gebäude erhielten. Wer sich so viel bewegt, braucht zwischendurch unbedingt auch eine gute Stärkung – und so gab es zu dem abschließenden Ausblick auf die künftige Ausrichtung der Gemeinde und auf die geplanten Projekte noch einen kleinen Sektempfang samt köstlicher Häppchen. „Toll gemacht, sehr informativ und inspirierend! Herzlichen Dank für diese wunderbare Veranstaltung“, so die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert am Ende der Tour.



## Neues aus den Ortsverbänden

### Jahreshauptversammlung der CSU Fichtelberg



**CSU Fichtelberg:** Mitte Februar war es für den Ortsverband Fichtelberg wieder so weit: Die Jahreshauptversammlung unter der Leitung des alten und neuen Vorsitzenden Siegbert Schöler stand an. Zu der Veranstaltung hatten sich die Fichtelberger Christsozialen gleich zwei Gäste eingeladen: die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert und den Landtagsabgeordneten Martin Schöffel, die in ihrem jeweiligen Grußwort dem amtierenden Vorstandsteam für sein Engagement dankten und zudem auf aktuelle politische Herausforderungen eingingen. Neben den Wahlen wurden auch langjährige Mitglieder für ihren Einsatz geehrt. „Herzlichen Glückwunsch an alle Geehrten und den neuen Ortsvorstand der CSU Fichtelberg! Alles Gute und viel Erfolg für all die Aufgaben, die in der nächsten Zeit anstehen!“, beglückwünschte Silke Launert die gewählten und geehrten CSU-Mitglieder am Ende der Versammlung.

### Festlegung der Landtags- und Bezirkstagslistenkandidaten: Wahlkreisdelegiertenversammlung der CSU im Bezirk Oberfranken



**Bad Staffelstein.** Es ist nicht mehr lang hin bis im Freistaat zur Wahlurne gerufen wird. Im Oktober dieses Jahres sind die Bürgerinnen und Bürger dabei nicht nur dazu aufgerufen, den Bayerischen Landtag, sondern auch die Bezirkstage neu zu wählen. Zunächst müssen jedoch die Landtags- und Bezirkstagslistenkandidaten festgelegt werden. Hierzu traf sich die CSU Oberfranken Mitte Februar im Kloster Banz. Neben der Aufstellung der Wahlkreislisten stand auch das Thema „Zukunftsperspektiven für Bayern und Oberfranken“ auf der Tagesordnung der oberfränkischen CSU. Silke Launert, die als Delegierte an der Versammlung teilnahm, betonte: „Die CSU hat in letzten Jahrzehnten viel in Oberfranken erreicht! Pragmatismus vor Idealismus - dafür steht die CSU und dafür stehen alle ihre Mitglieder sowie Kandidatinnen und Kandidaten, die Oberfranken auch in Zukunft als lebenswerte Region erhalten wollen!“



## Frauenunion Oberfranken - Nachtwächtertour durch Kulmbach



**Kulmbach.** Was gibt es Besseres, als Arbeit und Vergnügen miteinander zu verbinden? Das dachte sich auch die Frauenunion Oberfranken und machte sich nach ihrer Vorstandssitzung auf zu einer Nachtwächtertour durch Kulmbach. Anschließend ging es zum „inoffiziellen“ Start des FU-Mentoringprogramms ins „Roberts“!

„Ich freue mich riesig auf die Zusammenarbeit mit diesen tollen Frauen!“, so die Bundestagsabgeordnete und Bezirksvorsitzende Silke Launert.



# Mensch & Politik

## Dr. Silke Launert